Magazin für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft

Senate

Organ des Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Senat der Wirtschaft Deutschland und Senat der Wirtschaft Österreich

Exklusiv für Senate

Umweltminister Norbert Röttgen

Klimaschutz & Wirtschaft

Gespräch CDU General Hermann Gröhe

Zwischen Volltreffern und Tiefschlägen

Wirtschaft in Schulen Schulmeisterin Sommer

Ausgabe 1 – 2010

GUTE GESPRÄCHE FÜHRT MAN DA, WO ES GUTES ESSEN GIBT.

VAPIANO. SCHON PROBIERT?

Frisches Basilikum, Olivenöl und Pinienkerne – daraus zaubern wir bei Vapiano viel mehr als köstliche Pasta Pesto. Nämlich eine perfekte Atmosphäre, um sich in kleiner oder großer Runde ausgelassen zu unterhalten und wohlzufühlen. Und sollten Sie mal ganz allein vorbeischauen: Wo sonst lernt man Menschen besser kennen, als bei einem guten Essen.

Ihr Vapiano-Restaurant finden Sie unter:

www.vapiano.com

VAPIANO® PASTA | PIZZA | BAR

Nachhaltigkeit rückt in den Mittelpunkt

Herausgeber Dieter Härthe mit Umweltminister Röttgen im Gespräch

Wie schnell werden wichtige Begriffe zu Schlagworten, wie oft werden diese dann zu Floskeln. Wie oft wird die Bedeutung dieser Begriffe nicht mehr richtig beachtet, da sie zu oft genutzt wurden.
Dieses Schicksal kann auch dem Begriff der Nachhaltigkeit drohen. Gerade die sich um eine ökohumane Wirtschaft bemühenden Verbände BWA und Senat der Wirtschaft achten sehr auf Themen der Nachhaltigkeit und setzen immer wieder Akzente und geben Anregungen zu bedachtem und verantwortlichem Handeln. Aber gerade in diesen Monaten wird Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft zu dem wichtigsten Thema aller Überlegungen.

Die massive Finanzkrise hat auch die letzten Zweifler und Unachtsamen aufgeschreckt. Der Ruck, der dadurch ausgelöst wurde, bietet die Chance auf neue Denkprozesse, mehr Gewicht auf Tiefgang, Verantwortung und Sinn für Gemeinschaft in der Wirtschaft. Das überzogene Profitdenken und die brutalen Egoismen der Verantwortlichen sind entlarvt. Es ist nicht mehr lobenswertes Ziel, möglichst viele Tricks zu mehr Eigenwert und Kurzfristgewinnen zu erarbeiten. Die Stimmen der Manager, die das Gemeinwohl im Auge haben, werden lauter.

Auch jenseits der aktuellen Wirtschaftssorgen kommt die Gewissheit, dass der Klimaschutz zum dringenden Thema unserer weltweiten Gesellschaft geworden ist. Die Zeichen einer drohenden Gefahr werden allzu deutlich. Die Nähe zu bedrohlichen Veränderungen ist erkennbar. Da wird die Gefahr plötzlich begreifbar.
Möglich, dass es einige überrascht, dass nicht nur Umweltminister der Grünen oder der SPD, sondern nun auch einer der als konservativ wahrgenommenen CDU so intensiv dieses Thema bearbeitet. Klimaschutz ist jedenfalls ein Kernthema der Gesellschaft und vor allem der Wirtschaft geworden. Ein Thema, das viele gesetzliche Neuerungen mit sich bringt und auch viele Veränderungen bei Konsumenten.

Klimawandel und Finanzkrise, beide Themen sind zum Mittelpunkt der gesellschaftlichen Überlegungen geworden. Beide Themen fordern Nachhaltigkeit. So wird der Begriff Nachhaltigkeit nicht leiden, dieser Begriff ist zum Mittelpunkt geworden. Richtig weiter danach zu rufen, Verantwortung und Ethik zu fordern.

So auch in dieser Ausgabe der SENATE, Umweltminister Röttgen mit seinen Gedanken, wie Umweltschutz und Wirtschaft zusammen erfolgreich sein können. Sein parlamentarischer Gegenspieler, der SPD-Fraktionsvize Kelber und der Senator Dorn als Unternehmer geben Anregungen zur Solartechnologie. Eine weitere spannende Anregung zur Gerechtigkeit durch Solartechnologie kommt von Peter Spiegel.
Denkansätze zur Nachhaltigkeit, einem wichtigen Begriff für die Wirtschaft.

Dieter Härthe, Herausgeber

INHALTSVERZEICHNIS

IMPRESSUM

Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der BWA keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise, unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Herausgeber:
Dieter Härthe, Vorstandsvorsitzender des Bundessenates des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft e.V. (BWA) und Vorstandsvorsitzender des Senates der Wirtschaft, ViSdP
Bundesgeschäftsstelle:
Ludwig Erhard Haus, Fasanenstr. 85, 10623 Berlin; Tel: (030) 700 11 43 0
Redaktion:
Dr. Christoph Brüssel (cb), c.bruessel@senat-deutschland.de
Jens Wollesen (jew), Tel. 030- 7001143-15; j.wollesen@bwa-deutschland.de
Lektoriat: Alectis Bonn
Layout: Frido Albrecht

Politik und Parlament

Klimaschutz hilft Unternehmen beim Exportgeschäft....08
Bundesumweltminister Norbert Röttgen für das Magazin „Senate"

Ökoforderungen und Atomkraftausstieg - Feindbilder der Wirtschaft?....10
SPD Fraktionsvize Ulrich Kelber MdB

Die Sonne stellt uns keine Rechnung … 12
Eine Meinung von Senator Christian Dorn

Ländersache

Wirtschaftsunterricht an Realschulen....14
Gespräch mit NRW Schulministerin Barbara Sommer

Jürgen Rüttgers....54
Er landet Treffer in der Politik, wird getroffen von Schlagzeilen

Persönlich

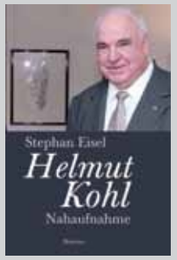
Altbundeskanzler Helmut Kohl wurde 80....18
- Eine Nahaufnahme

Aufbruch als Aufgabe, der neue CDU Generalsekretär Hermann Gröhe....48
Zwischen Wirtschaft, Grün und Christlich – CDU soll Volkspartei bleiben

Senator Willi Opitz....52
Weltmeister der süßen Weine

Seite 54–58

Die Entscheidungswahl: RÜTTGERS IM KREUZFEUER



Zum 80sten: Helmut Kohl

Eine Nahaufnahme im Buch seines früheren Mitarbeiters und MdB Stephan Eisel

Seite 18-21

Chancen Klimaschutz – und Wirtschaft

Exklusiv: Umweltminister Röttgen – SPD Gegenspieler Kelber – BWA SENATOR Dorn

stv. Fraktionsvorsitzender (SPD) für Umweltpolitik, Kelber

Seite 10-11

Drei Positionen zu den Hoffnungen und Pflichten der Wirtschaft beim Klimaschutz

Bundesumweltminister Röttgen

Seite 08-09

Interview mit Generalsekretär Herrmann Gröhe

Quo vadis CDU – ist die traditionelle Heimat für Wirtschaftsklientel auf dem Weg zur Arbeiterpartei ?

Seite 48-50

Weltmeister der Winzer

Willi Opitz, Winemaker of the year mit Entertainmenttalent

Seite 52-53

Wirtschaftswelt

Das globale solar-soziale Wirtschaftswunder....06
– Essay über eine Vision

Haben Werte bei Banken einen Wert ?....44
Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der SPARDA Bank München Helmut Lind für SENATE

New York boomt als Metropole - Kommt der Boom auch zur Wall Street zurück? 38
Eine Bildergeschichte mit Beobachtungen

Damit neues Wissen auch Nutzen hat 36
Prof. Dr. Schenk über das Frauenhofer Institut Magdeburg

Aus BWA und Senat

BWA- Neujahrsempfang in Erfurt....35

„Wirtschaft trifft Diplomatie"....28

Hauptstadtparty....26

Dirk Bohrmann im Interview zur Ausrichtung des BWA....22

Weitere Informationen unter:
www.bwa-deutschland.de
www.senat-deutschland.de
www.senat-der-wirtschaft.at

WIRTSCHAFTSWELT

Das globale solar-soziale Wirtschaftswunder ist jetzt gestaltbar

Das Initialbeispiel „Grameen Shakti“

Essay von Peter Spiegel

Welches ist das Land mit den meisten Solardächern? Nein, nicht Deutschland. Auch nicht China. Die richtige Antwort lautet: Bangladesch mit derzeit rund 250.000. Und welches ist das Land mit der schnellsten Wachstumsrate bei Solardächern? In Bangladesch hat ein einziges Unternehmen derzeit eine Wachstumskurve, durch die dort bis 2015 rund sieben Millionen „Solar Home Systems“ installiert sein werden. „Grameen Shakti“ (Shakti bedeutet „Energie“), ein Unternehmen aus der Social-Business-Unternehmensfamilie Grameen des Friedensnobelpreisträgers Muhammad Yunus, installiert Anlagen, durch die der jeweilige häusliche Strombedarf zu 100 Prozent abgedeckt wird.

Zugegeben, wir haben in Deutschland noch die größeren Hausdächer und damit auch die größeren häuslichen Solaranlagen. Aber mit dem hyperdynamischen Solardächerwachstum, das dieses eine Solarunternehmen bereits ganz alleine generiert, können wir in Ökodeutschland selbst bei größtem Optimismus nicht mithalten. Der Hoffnungsträger für ein sehr realistisches und sensationell großes und schnelles globales ökologisches Wirtschaftswunder ist mit vollem Ernst ausgerechnet Bangladesch. Es lohnt sich, die Gründe dafür genau anzusehen, denn sie können unser Denken und unser weltweites Handeln grundlegend revolutionieren.

Die Schlüsselfrage lautet: Wo rechnet sich Solarenergie heute schon am besten? Die Schlüsselantwort: Überall dort, wo die Menschen keinen Zugang zu billigem Überlandleitungsstrom haben und wo genügend Sonne scheint. Davon ist kaum weniger als die Hälfte der Menschheit betroffen.

Yunus stellte eine ganz einfache Rechnung auf: Wie viel bezahlen die Massen der Armen in den ländlichen Regionen seines Landes bisher für ihren Energiebedarf und für die Energieangebote, die ihnen zur Verfügung stehen? Und wie lange würde die Abbezahlung eines Solar Home Systems dauern, wenn sie genau denselben Betrag wie bisher für Energie ausgeben? Die für viele völlig überraschende Antwort lautete: in der Regel nicht mehr als drei Jahre.

Während wir also noch immer das Handicap beklagen, dass Nachhaltigkeits-Ökostrom, zumindest nach herrschender Marktlogik, ein Stück teurer ist als Nichtnachhaltigkeitsstrom, tut sich ausgerechnet in den Armutsregionen der Welt der am leichtesten breitflächig zu organisierende Ökomarkt auf. Die Armen der Welt sind die besten potenziellen Nachfrager für Solarstrom! Ganz einfach, weil sie heute nur Zugang zu besonders teuren (und zugleich besonders schmutzigen) Energieformen wie Batterien, Kerosin usw. haben!

Vorraussetzung für ökosoziales Wirtschaftswunder

Die Solar Home Systems, die Grameen Shakti installiert und für die es den Armen die passgenauen Abbezahlkredite anbietet, halten in der Regel acht Jahre. Ab dem vierten Jahr gilt für sie somit für durchschnittlich fünf Jahre der bekannte Franz-Alt-Slogan „Die Sonne schickt keine Rechnung“. Gibt es ein besseres Anreizsystem? Und damit diese Ökowende noch besser läuft, bot die Weltbank Grameen Shakti an, über den globalen CO_2-Handel für jede eingesparte Tonne CO_2 neun Euro zu transferieren. Mit diesem Geld bildet Grameen Shakti nunmehr Frauen zu Solaringenieuren aus, damit durch deren Wartung der Anlagen die Laufzeit dieser Solar Home Systems auf 15 Jahre erhöht werden kann. Bis 2015 entstehen allein dadurch mehr als 100.000 grüne Arbeitsplätze in Bangladesch. So sieht ein wirklich intelligenter Green Deal aus.
Weitere Boomfelder des Eco-Social Business von Grameen Shakti: Bis 2012 werden eine halbe Million Biogasanlagen installiert sein und Zehn Millionen ökologisch sinnvolle Kochanlagen. Der ökonomisch-ökologische Gestaltungsspielraum an diesem Ende der Weltwirtschaft ist also immens.

Neue, grüne Arbeitsplätze entstehen

Nun hat dieses ökosoziale Wirtschaftswunder durchaus Voraussetzungen. Es bedarf zum einen funktionierender Kleinkreditsysteme. Und es bedarf zum Zweiten intelligent an die realen Bedarfe in diesen Regionen angepasster Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Experten wie der international renommierte Wirtschaftswissenschaftler C.K. Prahalad gehen so weit zu sagen, dass die konsequente Annahme dieser neuartigen technologischen Herausforderungen die Ursache eines neuen Schubs an Innovationen sein wird: für Technologien, die gleichzeitig noch deutlich robuster, einfacher und flexibler sowie wesentlich billiger sein werden.

Was kostet es und wie schnell geht es, weltweit flächendeckend in allen bisherigen Armutsregionen der Welt stabil funktionierende Kleinkreditsysteme á la Grameen Bank aufzubauen? Das Genisis Institute for Social Business and Impact Strategies errechnete dafür einen einmaligen Anschub-Fördertopf von maximal 30 Milliarden US-Dollar bei einem Zeitraum von maximal fünf Jahren, bis diese neu etablierten Kleinkreditsysteme selbsttragend arbeiten.

Dank der enormen Popularität, die die Kleinkreditidee seit der Verleihung des Friedensnobelpreises an Muhammad Yunus weltweit erlangte, ist die Bereitstellung des dann erforderlichen Geldes für den dauerhaften Verleihbetrieb eines weltweit flächendeckenden Kleinkreditsystems schon heute kein Problem mehr. Weltweit schießen Mikrofinanz-Fonds aus dem Boden. Und auch der nächste Boom für Social-Business-Fonds zeichnet sich bereits deutlich am Horizont ab. Daraus können in wenigen Jahren die wirtschaftlichen Kapazitäten für Solarunternehmen á la Grameen Shakti weltweit aufgebaut werden. Ein Weltmarkt von mehreren hundert Millionen Solar Home Systems und anderen Ökoprodukten wartet.

Worum es nun also geht, ist dies: Die weltweite Ökoszene und Ökowirtschaft muss schnellstens das hier auftauchende Chancenpotenzial erkennen und sich den damit verbundenen konkreten Gestaltungsaufgaben stellen. Wir brauchen jetzt die schnelle Ökowende unserer Aufmerksamkeit in Richtung auf „Eco meets Social Business“.

In dem Maße, wie wir dies tun, gibt es dann auch in unsere Breitengrade hinein einen sehr attraktiven Rückkopplungseffekt: Die starke Ausweitung der globalen Nachfragemärkte für dezentrale Solarsysteme wird sowohl Skaleneffekte erzeugen als auch die Impulse für die Forschung verstärken. Beides wird zu einer deutlich beschleunigten Preisreduktion bei Solaranlagen führen, sodass sich diese auch bei uns schneller als bisher erwartet rechnen. Sind wir mental bereit, ausgerechnet von Bangladesch zu lernen für ein radikal neuartiges ökosoziales Weltwirtschaftswunder?

Peter Spiegel ist Leiter des Genisis Institute for Social Business and Impact Strategies (www.genisis-institute.org) in Berlin, Initiator des Vision Summit und Sachbuchautor, zuletzt der beiden Social-Business-Bücher „Gute Geschäfte – Humane Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise“ (2009, Aufbau Verlag) mit Franz Alt und „Global Impact – Der neue Weg zur globalen Verantwortung“ (2009, Carl Hanser Verlag) mit Franz Josef Radermacher.

POLITIK UND PARLAMENT

Klimaschutz hilft Unternehmen beim Exportgeschäft

Bundesumweltminister Norbert Röttgen für das Magazin „Senate"

Gemeinsam mit dem Generalsekretär der FDP hat Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen einen Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung verfasst. In diesem Artikel gehen die beiden Vertreter der schwarzgelben Regierung auf Lehren und Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise ein. Sie zeichnen ein Bild der Perspektive für junge Generationen und beziehen dies auf die Arbeit der Regierung. Ein ausführlich beschriebener Aspekt betrifft die soziale Marktwirtschaft und auch den Bezug zu ökologischen Verpflichtungen. Ein ergänzendes Kapitel, dass sehr genau zum Thema des Beitrages, den der Bundesminister für unser Magazin SENATE verfasst hat, passt . Über die neue Marktwirtschaft schreiben Lindner und Röttgen unter anderem:

Die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft schließt die Schonung der natürlichen Lebensgrundlagen mit ein. Sie ist nicht nur eine Frage der Bewahrung der Schöpfung. Auch die ökologisch–ökonomischen Kosten (drohende Umweltrisiken) und die ökonomisch-ökologischen Chancen (Absatz deutscher Technologie) werden noch unterschätzt. Wir arbeiten deshalb an einer Antwort auf die ökologischen Herausforderungen. Wenn Umweltgüter keinen Preis haben, können Märkte nicht effizient funktionieren. Dann wird – häufig auf der Grundlage von externen Effekten – zwischen Generationen und Regionen umverteilt. An die Prozesspolitik in der Finanz- und Wirtschaftskrise wollen wir deshalb nun eine ökologisch gestaltende Ordnungspolitik anschließen, die Umweltschutz und Ressourcenschonung zum wirtschaftlichen Eigeninteresse von Unternehmen und Bürgern macht. Sie orientiert sich am Verursacher- und Vorsorgeprinzip, das heißt, sie beseitigt externe Effekte, berücksichtigt ökologische Risiken und bereitet die Volkswirtschaft beispielsweise auf künftige Knappheiten vor. Marktkonforme Instrumente und umweltpolitische Zielvorgaben treten dafür an die Stelle von gut gemeinter ökologischer Detailsteuerung, um den Wettbewerb als Innovationstreiber, Kostensenker und Entdeckungsverfahren für neue Technologien zu nutzen. Der bislang zu oft nur quantitativ verstandene Wachstumsbegriff erhält so auch eine qualitative Dimension. Dieser „aufgeklärte" Wachstumsbegriff ist ein Standortvorteil im internationalen Wettbewerb.

Der Bundespräsident hat recht: Die Nation, die sich am schnellsten und am intelligentesten auf die ökologischen Herausforderungen einstellt, wird

Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen – gerade deswegen dürfen wir jetzt mit unseren Klimazielen nicht zurückstecken. Deutschland steht in einem Modernisierungswettbewerb mit anderen Volkswirtschaften, der die Weltmarktstellung bei den schnell wachsenden Umwelttechnologien, aber auch die Erneuerung der Gesamtwirtschaft umfasst. CO_2-Emissionen, Rohstoffverknappung und Energiepreise werden mehr und mehr zu Kosten- und Risikofaktoren. Eine marktwirtschaftliche Ökologie kann Wettbewerbsfähigkeit steigern, indem sie neue Wachstumsmärkte erschließt, unternehmerische Innovationsfähigkeit steigert und die strategisch bedeutsame Energie-/Materialeffizienz in den Unternehmen zu erhöhen hilft. Zukunftsgerechtes Wachstum ist notwendig, wenn Deutschland einen selbsttragenden Aufschwung erreichen und finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen will.

Weltmarktführerschaft in der Umwelttechnologie

Klimaschutz ist ein Motor, ein Impulsgeber für Innovationen und damit für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deutsche Unternehmen haben längst verstanden, welche riesigen Chancen sich hier eröffnen: Sie sind Vorreiter beim Klima– und Umweltschutz und tragen somit in entscheidendem Maße zur wirtschaftlichen Modernisierung unserer Volkswirtschaft bei.

Künftig werden Energie- und Rohstoffeffizienz zum entscheidenden Vorteil im internationalen Wettbewerb. Investitionen in Forschung und Entwicklung stärken die Innovationskraft unserer Unternehmen, sie schaffen damit Wachstumsmärkte, Arbeitsplätze und erhöhen die Energiesicherheit unseres Landes.

Es gibt kaum einen anderen Wirtschaftszweig, der ähnlich hohe Wachstumsraten verzeichnet wie der Markt für Umweltgüter. Allein von 2005 bis 2007 gab es in Deutschland eine Steigerung des Produktionswertes um 27 Prozent. Schätzungen gehen davon aus, dass der Umsatz der Umweltindustrien bis zum Jahr 2020 weltweit auf 3,1 Billionen Euro steigen wird. Mit einem Welthandelsanteil von mehr als 16 Prozent liegt Deutschland in der globalen Spitzengruppe.

Bereits heute arbeiten in Deutschland rund zwei Millionen Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Umwelttechnologien – mehr als doppelt so viele wie noch im Jahr 2006. Allein das dynamische Wachstum der erneuerbaren Energien brachte bislang fast 280.000 Jobs – ebenfalls mit stark steigender Tendenz. Wenn wir die damit verbundenen wirtschaftlichen Chancen auch künftig nutzen wollen, dürfen wir in unseren umwelt- und klimapolitischen Anstrengungen nicht nachlassen. Im Gegenteil: Nur durch eine moderne und nachhaltige Umweltpolitik erreichen wir unsere Klimaschutzziele und behalten unsere weltweite Technologieführerschaft bei.

POLITIK UND PARLAMENT

Ökoforderungen und Atomkraftausstieg – Feindbilder der Wirtschaft?

Fraktionsvize Ulrich Kelber MdB

Ulrich Kelber MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion Verantwortlich für Energie- und Klimapolitik

Der SPD stv. Fraktionsvorsitzende im Bundestag, zuständig für Energie und Umwelt Ulrich Kelber zeigt seine Position.

Chancen der Klima- und Umweltvorsorge für die deutsche Wirtschaft

Klimaschutz gilt vielen Akteuren in der Wirtschaft immer noch als Last. Sobald sich Verbände der Wirtschaft zu Wort melden, geht es um Wettbewerbsnachteile durch „überzogenen Umweltschutz" oder darum, Subventionen für die Produktion am Standort in Deutschland zu erhalten. In aller Regel wird auch nach verlängerten Laufzeiten für Atomkraftwerke gerufen.

Die Gelegenheit hier möchte ich nutzen, um auf einige wenige Zusammenhänge hinzuweisen, durch die deutlich wird: Umweltvorsorge ist Wirtschaftspolitik – vernachlässigter Umweltschutz stellt eine Vernichtung von Wertschöpfungspotenzialen dar:

Allein die finanziell bezifferbaren Verluste im Bereich Biodiversität – also der bloße Vorratsverlust von in der Natur vorhandenen Problemlösungen in den Bereichen Medizin und Technologie – und der Umwelt im Allgemeinen belaufen sich nach Angaben der Studie „Biodiversity and business risk" von PricewaterhouseCoopers" im Jahr 2008 auf 2–4,5 Bill. US-Dollar. Das entspricht 3,3 bis 7,5 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. Nach Angaben im sogenannten Klimareport des Ökonomen Nicolas Stern belaufen sich die wirtschaftlichen Folgekosten der Treibhausgasemissionen nur des Jahres 2008 auf ca. 1,7 Bill. US-Dollar. Diese Schlaglichter machen deutlich: Wir leben von der Substanz. Faktisch haben wir bereits seit langem ein Negativwachstum. Das kann eigentlich keinen Ökonomen kalt lassen.

In anderer Hinsicht lässt sich der Handlungsbedarf auch für die näher liegenden, direkten Interessen hiesiger Unternehmen zeigen:

Beispiel 1: Zwei verbreitete Irrtümer bei verlängerten Laufzeiten von Atomkraftwerken

Im Bundestagswahlkampf hat die IHK Nord in einem Forderungskatalog an die Politik unter anderem eine Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken (AKW) verlangt.

Tatsächlich zeigt die Havarie des AKW Krümmel im Juli letzten Jahres, dass die IHK mit dieser Forderung der norddeutschen Wirtschaft einen Bärendienst leistet: Denn eine gesicherte Stromversorgung funktioniert gerade nicht mit dem Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. Im Gegenteil: Der ungeplante Ausfall des AKW Krümmel hat zu instabilen Verhältnissen im Stromnetz und zu Stromausfällen geführt. Dabei ist es nicht nur zu Schäden bei der Wasserversorgung in Hamburg gekommen. Aus Sicht der (norddeutschen) Wirtschaft sollte vor allem die Havarie eines Chemiewerks der Bayer AG infolge des ungeplanten Abschaltens der Reaktoranlage Krümmel zu denken geben, welche Schäden mit alternden und damit nicht ständig betriebssicher einsetzbaren Atomkraftwerken potenziell verbunden sind. Die IHK Nord widersprach mit ihrer Forderung nach längeren Laufzeiten den vitalen Interessen der von ihr vertretenen Unternehmen, die ein berechtigtes Interesse an der Versorgungssicherheit beim Strombezug haben.

Aber das Problem liegt noch tiefer: Wer glaubt, dass längere Laufzeiten die Strompreise senken und damit auch die Unternehmen entlasten, der sitzt einem folgenschweren Irrtum auf: Die Strompreise bilden sich innerhalb der sogenannten ‚merit order' anhand der Kosten für das Grenzkraftwerk – also dem Strompreis, der die Nachfrage gerade noch abdeckt. AKW sind abgeschrieben und können in aller Regel Strom zu Preisen unterhalb des Grenzkraftwerks anbieten. Solange es keinen Verbrauchermarkt beim Strom gibt, werden die Mechanismen der Preisbildung also immer die Anbieter begünstigen – und damit vor allem die AKW-Betreiber.

Einen Verbrauchermarkt bekommen wir aber nur durch vermehrten Wettbewerb. Durch längere Laufzeiten wird genau der behindert, da viele Akteure durch die unerwartete und nicht zu unterbietende AKW-Konkurrenz nicht in entsprechende Kapazitäten investiert. Der Kraftwerkspark in Deutschland wird daher in doppelter Hinsicht altern: Das jüngste AKW ist zwanzig Jahre alt. Und die konventionellen Kapazitäten werden eben nicht im erforderlichen Umfang erneuert, weil die länger laufenden AKW genau das verhindern. Die Versorgungssicherheit sinkt und die Erneuerungskosten im Kraftwerkspark werden in die Zukunft verschoben. Jeder Unternehmer weiß, dass ein verschobenes Investment in aller Regel Wettbewerbsnachteile durch die investierende Konkurrenz bedeutet und daher teuer kommt.

Wir sollten stattdessen schnell zu dezentralen Versorgungsstrukturen kommen, um eine sichere Versorgung bei solchen Ausfällen leichter abzufedern. Wenn wir zudem die nach wie vor reichlich vorhandenen Effizienzreserven in den Unternehmen heben, sparen wir auf Dauer Kosten beim Energieimport und steigern die eigene Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt auch für den Ausbau erneuerbarer Energien: Geschieht das jetzt zu heutigen Energiepreisen, wird es kostengünstiger, als wenn die Volkswirtschaft später bei deutlich höheren Referenzkosten für Öl und Gas investieren muss.

Beispiel 2: Wertschöpfung schaffen Exportmärkte entwickeln

Das führt mich zu meinem zweiten Beispiel. Eines der Ziele der Förderung von erneuerbaren Energien ist die forcierte Technologieentwicklung und die Kostendegression. Die Vergütungen für Neuanschlüsse im Bereich Strom aus erneuerbaren Energien sinken daher in jedem Jahr ab.

Weit weniger bekannt ist aber, dass damit in Deutschland Wertschöpfung und Beschäftigung geschaffen wird. Im letzten Jahr sind 17 Mrd. Euro in den Bereich erneuerbarer Energien investiert worden. Der Sektor schafft für rund 300.000 Menschen Beschäftigung. Und was für ein Exportland noch wichtiger ist: Die Branche hat bereits in 2007 rund 9 Mrd. Euro Umsatz im Export erzielt. Für 2008 werden 12 Mrd. Euro geschätzt. Die Anlagenbauer

im Bereich Wasserkraft und Windindustrie weisen Exportquoten von 80–85 Prozent auf. Selbst die Solarbranche hat im Jahr 2008 46 Prozent ihrer Produktion ins Ausland geliefert. Deutschland entwickelt mit der Förderung also seine eigene Exportbasis weiter.

An dieser Stelle werden gern die Kosten – die Fördersumme – dagegen gehalten. In 2009 belief sich die Umlage für die Stromerzeugung aus Erneuerbaren etwa 9,5 Mrd. Euro. Ungefähr 5 Mrd. Euro sind abzuziehen, denn in dieser Größenordnung hat der erneuerbare den konventionellen Strom ersetzt – und den hätte man auch bezahlen müssen.

Auf 8 Mrd. Euro lassen sich die vermiedenen Umweltschäden nur beim Strom beziffern. Strom, Wärme und Kraftstoffe aus Erneuerbaren haben insgesamt in 2009 rund 107 Mill. Tonnen an CO_2-Emissionen vermieden. Dadurch verringert sich der Preis für CO_2-Zertifikate entsprechend, sodass jeder von uns ganz direkt davon profitiert. Mindestens 3,5 Mrd. Euro haben wir durch die veränderte merit order gespart: Denn der Strom aus Erneuerbaren hat die teuersten Kraftwerke aus der Strompreisbildung heraus geschoben. Alles in allem war das also ein gutes Geschäft!

Fazit

Ambitionierter Umwelt- und Klimaschutz verhält sich wie jede Investition: Anfänglich entsteht ein Mehraufwand, dem ein deutlicher Mehrwert und geringere Kosten gegenüberstehen. Aber im Gegensatz zu anderen Märkten sind Umweltschäden in aller Regel nicht mehr rückholbar. Und deshalb ist Umweltschutz auch alternativlos.

POLITIK UND PARLAMENT

Die Sonne stellt uns keine Rechnung …

Eine Meinung von Senator Christian Dorn

Drei Schlagzeilen, die uns so, oder so ähnlich, heute in den Medien tagtäglich gezeigt werden.
Neben den Banken ist nun auch die Deutsche Solarindustrie in die Negativ-Schlagzeilen geraten – ausgerechnet die tolle Solarindustrie, die jahrelang geboomt hat, deren Aktienmärkte in schwindelerregende Höhen hinauf katapultiert wurden, die mit Argwohn von Unternehmern aus anderen Industriezweigen beobachtet wurde und nicht selten mit den abschätzigen Worten „eine Eintagsfliege“, kommentiert worden war.
Ausgerechnet diese Solarbranche sieht sich jetzt mit den gleichen Anforderungen konfrontiert, wie das bei vielen anderen Industriezweigen schon immer der Fall war. Wettbewerbsdruck – Kostensenkungspoenziale – Globalisierung – Einbrüche auf dem Aktienmarkt – Konsolidierung. Was ist denn da schief gelaufen? Die Sonne stellt uns keine Rechnung, aber wie sieht es mit der Politik aus? Was ist denn auf einmal mit den Politikern los? Ist doch bisher alles immer so gut gelaufen!

Jetzt wird abgerechnet …

Was mit den Politikern los ist, bekommt man heute offen kommuniziert. Da wird von unternehmerischer Verantwortung gesprochen, von Subventionen in Milliardenhöhe, die den Steuerzahler durch Energieumlagen der Energieversorger nachträglich treffen und zusätzlich die in Vorleistung getretene Staatskasse belasten, von überhöhten Renditen für Investoren und sog. „Taschenfüllermentalitäten“. Deshalb die Kürzung des Einspeise-Tarifs? „Die Branche muss endlich lernen, auf eigenen Beinen zu laufen“. Es hieß ja ursprünglich auch nur 100.000 Dächer-Programm und nicht 100.000 Solarparks Programm.

Die Gegenseite argumentiert lautstark mit langen Amortisationszeiten für Produktionsstätten, mit Wettbewerbsdruck aus China, mit fehlenden Forschungsetats, um sich dem chinesischen Wettbewerbsdruck und der Billigpreispolitik stellen zu können.
Die wahren Hintergründe sind freilich andere und werden mit wirtschaftspolitischen „Floskeln“ umschrieben. Die Atomlobby bspw. verspricht Gewinne in Milliardenhöhe und somit Steuereinnahmen für den Bund, die einem System mit großen, schwarzen Haushaltslöchern wie ein warmer Regen vorkommen muss. Dem gegenüber sind die Steuereinnahmen der Unternehmen, die Solarenergie anbiete ein Tropfen auf den heißen Stein. Der heiße Stein könnte aber sehr schnell auf ein erträgliches Maß abgekühlt werden, wenn man sich vor Augen führt, dass der Politik entgangen sein muss, dass speziell chinesische Unternehmen in Deutschland Niederlassungen aufbauen, dabei das Potenzial des deutschen Marktes voll ausnutzen und deutsche Produkte preislich so unter Druck setzen, dass diese nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Steuern führen diese chinesischen Unternehmen freilich in Deutschland nicht ab, sondern in Hongkong oder in Taiwan, wo die „Welt eben noch in Ordnung ist“.
Im Klartext heißt das, die Politik subventioniert über Steuergelder jahrelang einen Markt, baut ihn zum weltweit stärksten Markt eines ganzen Industriezweiges auf und übergibt ihn dann nach fünf Jahren, vollentwickelt an die Chinesen. Ein Rückzieher? Eine Kehrtwendung? Ein nicht vollständig durchdachtes EEG? Oder doch nur eine Folge der Globalisierung?
Mit Globalisierung lässt sich viel erklären und vieles entschärfen, aber hier liegen die Dinge anders …
Der ganze Solarmarkt ist aufgrund seiner Internationalität auf Langfristigkeit in seinen Bezugsquellen ausgelegt. Distributionsverträge werden über einen Zeitraum von einem Jahr ausgehandelt und abgeschlossen (dies gilt insbesondere für den Basisstoff Rohsilizium, ohne den überhaupt nichts läuft). Hastige, schnelle Veränderungen im EEG lassen dem Deutschen Unternehmer kaum Spielräume, seine langfristig angelegten Einkaufsbedingungen an das mittlerweile flexibel und willkürlich erscheinende Einspeise-Gesetz zu adaptieren. Wo bleibt denn da die Planungssicherheit? Im gleichen Takt werden zudem noch die Forschungsetats für Solarenergie gedrosselt, was eine weitere Verschärfung der Situation zur Folge hat. Dies alles sind sicherlich Fragen, die sich die Politik gefallen lassen muss, Fragen, auf die es aus heutiger Sicht keine befriedigenden Antworten gibt und auch keinerlei erkennbare Lösungsansätze.
Die Politiker freilich stellen die Frage an die Unternehmer „Wo denn eigentlich das ganze Geld hingekommen sei?“ Wo sind denn die Gewinnrücklagen der Jahre 2004–2007? Wie sieht es mit der Amortisation der Produktionsstätten in Ostdeutschland aus, die seinerzeit durch staatliche Subventionen zu beinahe 100 % überfinanziert waren? Wurde in diesen Tagen unternehmerisch sauber gewirtschaftet oder hat man sich voll auf die politischen Rahmenbedingungen verlassen? Wie sieht es mit der Innovation aus? Wie sieht es mit dem Endkundenmarketing aus? Hat man es aus Unternehmersicht geschafft, dem Endkunden zu vermitteln, warum ein deutsches Produkt gekauft werden soll?

Demgegenüber erwidern die Unternehmer: „Was kosten eigentlich 300.000 Beschäftigte? (So viele Menschen arbeiten heute nämlich aktuell im Bereich Erneuerbare Energien in Deutschland), wenn sie arbeitslos sind? Oder anders gefragt – wie viele Steuern entgehen dem Bund über 20 Jahre (solange läuft nämlich die Einspeise-Vergütung) wenn diese 300.000 Mitarbeiter nichts mehr einbezahlen, weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen? Warum hat man diesen Markt weiterentwickelt, wenn man ihm jetzt den „Hahn abdreht?“ Was kostet es, neue Märkte aufzubauen um neue Arbeitsplätze zu schaffen? Warum greift man nicht schon auf das zurück, was bereits da ist?

Nachhaltigkeit in der Umsetzung erfordert Nachhaltigkeit im Denken …

Die zentrale Frage ist aber nicht, wer hier die Schuld an der aktuellen Misere trägt, sondern wie man gemeinsam einen bestehenden Markt aus der Krise führt. Die Politik kann sicherlich nicht auf halbem Weg eine Kehrtwendung machen und sich dann von der Verantwortung freisprechen. Andernfalls würde dem EEG der Makel eines sog. „fehlgeschlagenen Experiments“ anhaften wie seinerzeit die Kohleförderung in Milliardenhöhe. Solche Modelle sind auf Langfristigkeit angelegt und nicht auf saisonale Schweinezyklen der globalen Wirtschaft zurückzuführen oder zu reduzieren. Es stünde auch nicht im Einklang mit der so oft propagierten Politik des Klimawandels. Was kostet es uns, wenn wir jetzt aussteigen oder auf dem bisher Erreichten „einfrieren“ und in zehn Jahren wieder von vorne anfangen müssen? Wir müssen endlich damit aufhören in Legislaturperioden oder Koalitionszusammensetzungen zu denken. Dieses Thema wird uns auf Dekaden hin beschäftigen und es wird auch Koalitionen überdauern.

Auf der anderen Seite müssen sich die deutschen Unternehmer dem globalen Wettbewerb stellen und für ihre Standorte kämpfen. Das kann u.U. ein sehr spannendes Thema sein und es zwingt Unternehmer dazu, kreativ zu werden, denn kein Unternehmer gibt gerne freiwillig Terrain verloren, dass er einmal „erobert“ hat.
Bisher unterlassene, strategisch weitsichtige und zukunftsorientierte Planungen müssen jetzt unverzüglich nachgeholt werden und auf finanziell gesunde Beine gestellt werden, damit sie die kommende Legislaturperiode überstehen und tatsächlich aus eigener Kraft Erträge erwirtschaftet werden können, ohne politische Unterstützung.
Die Sonne stellt uns keine Rechnung, soviel ist sicher – entwickeln wir ein System, das den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird und der Sonne Rechnung trägt. Das aber geht uns alle an!

Exklusiv in Senate

NRW Schulministerin Barbara Sommer

Verständnis per Stundenplan

WIRTSCHAFTSUNTERRICHT an Realschulen

Nordrhein-Westfalen starten einen Modellversuch Wirtschaft an Schulen.

Die Landesregierung möchte damit vor allem die Realschulen ausstatten und damit die „besonderen Stärken der Realschule" weiter unterstützen. Ein fester Bestandteil dieses Projektes ist die Berücksichtigung wirtschaftlicher Zusammenhänge im Unterricht. Als einen Kernbestandteil der auf das Berufsleben vorbereitenden Bildung wird auch ökonomisches Grundwissen angesehen. Die Realschule als Zwischenglied, zwischen der elementaren Hauptschule, die in den letzten Jahrzehnten immer mehr zu einer „Restschule" geworden ist und dem Gymnasium, soll eine Unterstützung erhalten. Damit werden die Schüler besser auf den Eintritt in Ausbildungsberufe vorbereitet. Aber es soll auch Interesse für weitere Qualifizierung geweckt werden. Die immer lauter werdende Kritik durch Arbeitgeber an der mangelnden Qualifikation der Lehrstellenbewerber ist ohne Zweifel auch eine Motivation für das NRW-Schulministerium, durch Wirtschaftsunterricht mehr Interesse bei Schülern zu wecken. Barbara Sommer, die Schulministerin aus Nordrhein-Westfalen, erläutert gegenüber Senate: „Der Modellversuch dient uns als Probelauf: der konkrete Hinweise zu Inhalt und Umfang eines möglichen Faches Wirtschaft geben soll. Die Stärke der Realschule liegt darin, Jugendliche für eine berufliche Ausbildung oder die gymnasiale Oberstufe vorzubereiten".

Wirtschaftsunterricht nicht neu

Angesichts der sehr stark in die Kritik geratenen Hauptschule als ungeliebtes Kind des dreigliedrigen Schulsystems wird stärkere Kritik bei Arbeitgebern spürbar. Selbst einfache handwerkliche Ausbildungsberufe werden kaum noch durch Hauptschulabsolventen besetzt, da die einfachsten Rechenaufgaben schon nicht mehr gekonnt werden. Barbara Sommer sieht in ihrem Projekt für die Realschulen aber nicht die Abkehr einer Unterstützung der Hauptschulen: „An Hauptschulen und Gesamtschulen gibt es das Fach Wirtschaft bereits. Die Schülerinnen und Schüler können es als Teil des Lernbereichs Arbeitslehre wählen, der aus den drei Fächern Wirtschaft, Technik und Hauswirtschaft besteht," kontert die Ministerin und erklärt Senate weiter, „ökonomische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil der Allgemeinbildung, insbesondere der auf das Berufsleben vorbereitenden Allgemeinbildung. Mit vertiefendem Wirtschaftsunterricht könnten Realschülerinnen und Realschüler also ihre Stärken weiter ausbauen. Am Gymnasium hat jede Schülerin und jeder Schüler das Fach „Politik/Wirtschaft". Jetzt machen wir uns für die Realschule stark. In den vergangenen Wochen wurde viel über eine Anspruchsmentalität und die Trägheit Einiger diskutiert. Unabhängig von der Klärung, ob Lastenausgleich, Zuzahlung oder Schwarzarbeit tatsächlich zu Fehlverhalten bei Arbeitnehmern führen oder nicht, lässt eine solche Diskussion auch erkennen, dass wirtschaftliche Zusammenhänge, unabhängig vom Bildungsstand, oft zu kurz kommen. Aus Sicht der Wirtschaft fehlt es in der Schule nicht nur an der Vorbereitung für die Arbeitswelt, sondern auch am Verständnis für die Zusammenhänge der Wirtschaft.

Realschule keine Uni

„Es geht selbstverständlich um beides," schildert Schulministerin Barbara Sommer. „Die Realschule ist keine Universität, in der in Seminaren reine Wirtschaftstheorie gelehrt wird. Die Schülerinnen und Schüler sollen wirtschaftliche Zusammenhänge begreifen, durch theoretisches Verankern ebenso wie durch praktisches Lernen. Da kommen uns auch die vielen, sehr praxisnahen Kooperationen in unserem Projekt „Wir wollen: Wirtschaft für Schulen in NRW" zu gute.

Ein interessanter Ansatz, den die Lehrer aber möglicher weise gar nicht ausfüllen können.

Mehr Wirtschaft an NRW-Schulen

Ohne Zweifel kann man aus Sicht der Eltern, gerade wenn diese selber wirtschaftlich tätig sind, feststellen, dass Lehrer sowohl von der Ausbildung als auch von der praktischen Erfahrung her überwiegend selber nicht den Anforderungen wirtschaftlicher Zusammenhänge gerecht werden. Wünschenswert deshalb erläuterte der Vorsitzende des Bundessenates und Herausgeber dieses Magazins, Dieter Härthe, im Gespräch mit Ministerin Sommer, dass der BWA Deutschland und der Senat der Wirtschaft sich als praktische Experten aus dem Wirtschaftsleben gerne anbieten. Da sich die Mitglieder dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und nicht als Lobbyisten tätig sind, kann sich NRW Schulministerin Sommer einen solchen Expertenrat von Praktikern gut vorstellen: „Beim Gestalten des Lehrplans wird das Schulministeri-

um in erster Linie mit Realschullehrkräften zusammen arbeiten, die bereits in Projekten zu Ökonomie im Fach „Sozialwissenschaften“ Erkenntnisse zu wirtschaftlichem Unterricht an Realschulen gesammelt haben. Darüber hinaus werden wir natürlich das Gespräch zu Wirtschaftspraktikern suchen und sie in den Prozess einbinden. Unterstützung ist uns immer willkommen“.

Konzeptionell wurde bereits über mögliche Kooperationen mit Unternehmen im Zusammenhang des Modellversuches Wirtschaft an Realschulen nachgedacht. Dabei ist die Ausrichtung unabhängig von der Größe des Unternehmens oder dem Fachbereich geplant.

„Solche Partnerschaften setzten wir bereits um,“ erläutert Barbara Sommer, „rund ¾ der Realschulen in NRW kooperieren bereits mit einem Unternehmen. Nun kämpfen wir dafür, dass alle Realschulen, die dies wünschen, einen Partner bekommen. Wirtschaftsministerin Christa Thoben und ich haben Anfang Februar mit der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern, dem Westdeutschen Handwerkskammertag und der Landesvereinigung der Unternehmerverbände eine Vereinbarung unterzeichnet, dass flächendeckend alle Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen diese Möglichkeit erhalten sollen. Gerade für die Realschule gilt: Praxisnahes Lernen von Wirtschaft muss Firmen einschließen. Auch Berufsorientierung geht nicht im Trockendock. Dabei sind mittelständische Unternehmen genauso interessante Partner wie Großunternehmen. Für die Schülerinnen und Schüler kann beides sehr lehrreich sein.

Erfahrungen bestehen bereits bei Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft in anderen Schulformen. Beispielsweise Handelsschule, Wirtschaftsgymnasium oder allgemeine Gymnasien. Deshalb kann die NRW-Schulministerin auf dieser Basis weiter ausbauen: „Wir haben mit diesen Partnerschaften gute Erfahrungen gemacht. Deshalb wollen wir sie ausbauen. Jugendliche wie Firmen profitieren gleichermaßen davon: Die Schülerinnen und Schüler lernen praxisnah und können sich über ihren Berufswunsch klar werden. Die Unternehmerinnen und Unternehmer investieren in ihre eigene Zukunft, also eine klassische Win–Win Situation.

Die Kooperation zwischen Wirtschaftsexperten und Schulen scheint in jedem Fall gut zu funktionieren. Mitglied im BWA Internationalem Wirtschaftsklub Aachen Düren ist Claudia Goblet von der Deutschen Bank. Sie ist als Praktikerin an dem Projekt „Finanzielle Allgemeinbildung für Jugendliche“ beteiligt. Ein Projekt der Deutschen Bank. Claudia Goblets Erfahrungen sind sehr gut: “Ich selber habe hier in Düren und Umfeld ausschließlich

Staatsministerin Barbara Sommer im Gespräch

Barbara Sommer ist Mutter von fünf Kindern. Die NRW Schulministerin ist mit dem Unternehmer Herbert Sommer verheiratet. Sie startete beruflich an einer Grundschule in Bielefeld zuerst als Lehrerin und später als Rektorin. 1992 wurde sie Schulrätin im Kreis Herford und 1995 Schulrätin für den Kreis Gütersloh. Von 1997 an war sie Schulamtsdirektorin. Juni 2005 wurde Barbara Sommer Ministerin im Kabinett Rüttgers.

begeisternde Schulleiter und Lehrer erlebt und höre dies auch von Kollegen aus anderen Regionen,“ berichtet sie.
In einer mehrjährigen Kooperation mit Lehrern und Kollegen aus dem Hause Deutsche Bank ist das Projekt entstanden.

Praktiker sind willkommen

„Wir wollen unsere Jugend im Rahmen der finanziellen Allgemeinbildung von Klasse 5 bis zur Klasse 13 intensiv begleiten und fit für Wirtschaftsthemen machen,“ erläutert die engagierte Bankerin. Aktuell sind 1200 Mitarbeiter der Deutschen Bank deutschlandweit unterwegs, um Kooperationen zu ortsansässigen Schulen zu suchen. Lehrer in den einzelnen Fachgebieten werden aktiv in den jeweiligen Unterrichtsthemen begleitet und Banker gehen persönlich mit in den Unterricht.

Die Umsetzung des Projektes „Wirtschaft an Realschulen in NRW“ liegt auch stark in der Eigenverantwortung der Schulen.
Die Schulministerin Sommer war zuvor selber Oberstudiendirektorin und möchte den Pädagogen Chancen zur Mitwirkung an der Organisation öffnen. Möglicherweise ist hier eine Schwachstelle zu erkennen, denn die Erfahrung lehrt, dass oftmals Initiativen, die nicht von oben verordnet und vorgearbeitet sind, durch die Pädagogen nicht umgesetzt werden. Die heutige Politikerin möchte den Lehrern möglichst Freiräume lassen, um individuell gestalten zu können. Bleibt zu hoffen, dass dieser Freiraum auch als Gestaltungsraum erkannt wird und nicht frei bleibt.

Fakten zur Schule in NRW

Unter der Schulministerin Sommer wurden in den letzten fünf Jahren Veränderungen in den Schulen durchgeführt, die als einschneidend zu bezeichnen sind.
Die Wandlung von 13 auf 12 Jahre bis zum Abitur, damit Chancengleichheit europaweit möglich ist, wurde eingeführt. Kritik rief die schnelle Umsetzung hervor. Diese Kritik ist besonders von Lehrern zu hören, die die Umsetzung durchführen müssen. 8.000 neue Lehrerstellen hat Sommer geschaffen, Ausfallstunden an den Schulen wurden stark reduziert.

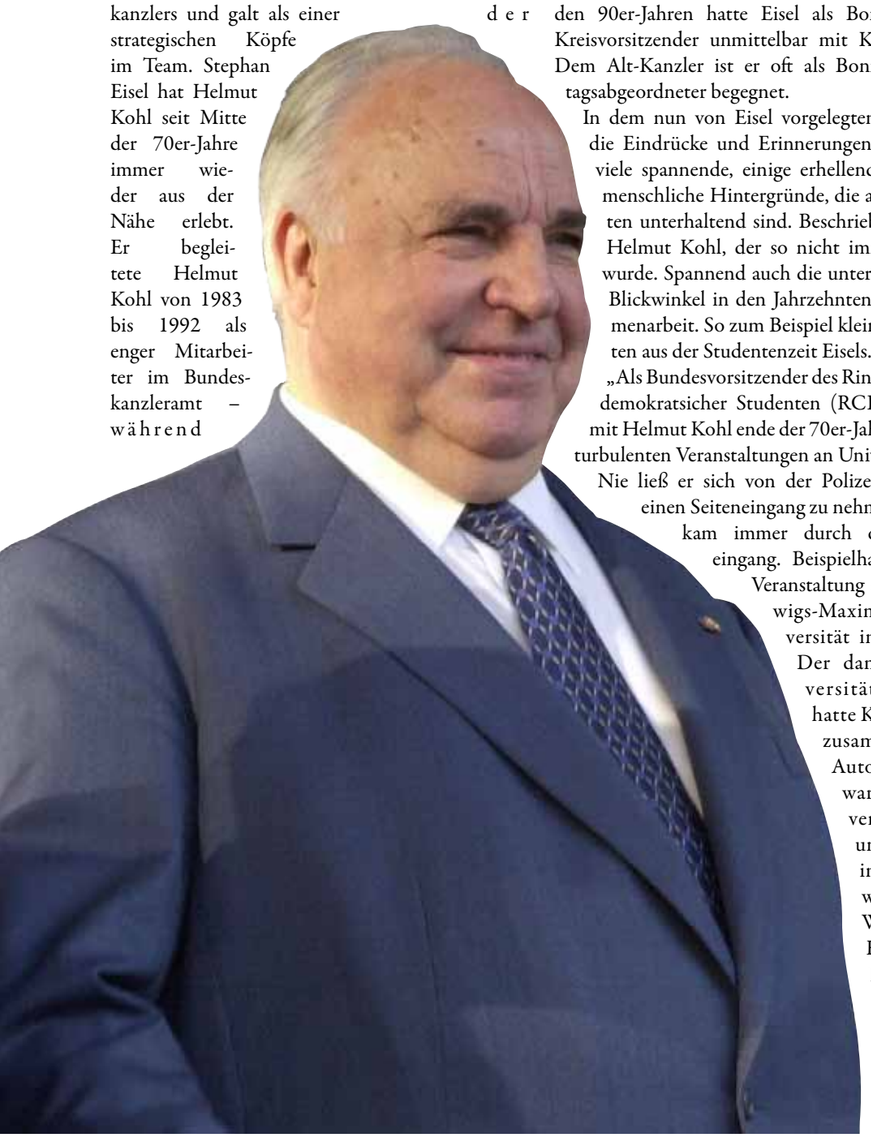
Das Gespräch führte Herausgeber Dieter Härthe

Altbundeskanzler Helmut Kohl wurde 80
Eine Nahaufnahme

Buch des engen Mitarbeiters Dr. Stephan Eisel über seinen Chef

Bericht Maria C. Wilhelm

Stephan Eisel war bis Oktober Mitglied des Bundestages, er ist promovierter Politologe und studierter Musikwissenschaftler. Die überwiegende Zeit seiner politischen und beruflichen Karriere verbrachte er im Umfeld des Altkanzlers und galt als einer der strategischen Köpfe im Team. Stephan Eisel hat Helmut Kohl seit Mitte der 70er-Jahre immer wieder aus der Nähe erlebt. Er begleitete Helmut Kohl von 1983 bis 1992 als enger Mitarbeiter im Bundeskanzleramt – während der Zeit der Wiedervereinigung als stv. Leiter des Kanzlerbüros. Zuvor hat er als Bundesvorsitzender des Rings christlich-demokratischer Studenten (RCDS) den Oppositionsführer Kohl unter anderem im CDU-Bundesvorstand beobachtet. In den 90er-Jahren hatte Eisel als Bonner CDU-Kreisvorsitzender unmittelbar mit Kohl zu tun. Dem Alt-Kanzler ist er oft als Bonner Bundestagsabgeordneter begegnet.



In dem nun von Eisel vorgelegten Buch über die Eindrücke und Erinnerungen findet man viele spannende, einige erhellende und auch menschliche Hintergründe, die als Geschichten unterhaltend sind. Beschrieben wird ein Helmut Kohl, der so nicht immer erkannt wurde. Spannend auch die unterschiedlichen Blickwinkel in den Jahrzehnten der Zusammenarbeit. So zum Beispiel kleine Geschichten aus der Studentenzeit Eisels.

„Als Bundesvorsitzender des Rings christlich-demokratsicher Studenten (RCDS) war ich mit Helmut Kohl ende der 70er-Jahre bei vielen turbulenten Veranstaltungen an Universitäten."

Nie ließ er sich von der Polizei überreden, einen Seiteneingang zu nehmen, sondern kam immer durch den Haupteingang. Beispielhaft war eine Veranstaltung an der Ludwigs-Maximilians-Universität in München. Der damalige Universitätspräsident hatte Kohl mit mir zusammen am Auto abgeholt, war plötzlich verschwunden und tauchte im Hörsaal wieder auf. Während Helmut Kohl durch das Getümmel von Störern am Haupteingang ging, hatte der Universitätspräsident den sicheren Seiteneingang gewählt. Kohl hat sich oft darüber amüsiert. Kohl überrumpelte Störer gerne, indem er die erwartete Rede nicht hielt, sondern direkt zur Diskussion einlud. Dabei ließ er sich auch durch ungewöhnliche Störaktionen nicht aus dem Konzept bringen. Bei einer Veranstaltung an der RWTH Aachen 1980 seilten sich Störer beispielsweise von der Decke in den Hörsaal ab und warfen Schwärme von Papierflugzeugen, um ihn zu irritieren. Verwirrt von den Störungen war aber nicht Kohl, sondern jene Sprecherin der Linken, die gerade von ihm zu einer Frage aufs Podium gebeten worden war. Als sie kein Wort herausbrachte, beruhigte Kohl sie und nahm ihr durch fast väterliches Zureden die Nervosität. Die Aachener Zeitung titelte zu dieser Veranstaltung am 19. Januar 1980: „Starker Kohl beim Sponti-Krach."

Berater Stephan Eisel mit Bundeskanzler Kohl 1991

Mitarbeiter geben Kohl meist beste Noten

Eisel legt sich auch gerne begeistert für seinen ehemaligen Chef fest:
„Über Helmut Kohl als Chef sagt es wohl am meisten aus, dass seine persönlichen Mitarbeiter je länger bei ihm geblieben sind, je enger sie für ihn arbeiteten.

Und als Schlitzohr ringt Eisel auch etwas Respekt ab: Kohls Misstrauen gegenüber der amtlichen Bürokratie war um so ausgeprägter, je mehr Paraphen ein Vermerk trug. Er hat uns einmal erzählt, dass er in seinen ersten Tagen als Ministerpräsident einen persönlichen Freund auf der Arbeitsebene in der Staatskanzlei animierte, auf dem ordentlichen Dienstweg einen Vermerk an den Ministerpräsidenten zu richten. Unter der Überschrift „Vorschläge zum Strukturwandel in Rheinland-Pfalz" sollte er in dem etwa zehnseitigen Papier den Satz unterbringen: „Der Chef der Staatskanzlei ist ein Esel und muss sofort entlassen werden." Wie besprochen wurde der Vermerk vom Referenten auf den Weg gebracht und vom Referatsleiter, Unterabteilungsleiter, Abteilungsleiter bis hin zum Chef der Staatskanzlei abgezeichnet und so dem Ministerpräsidenten vorgelegt. Kohl hat dann alle Mitarbeiter zusammengerufen und klargemacht, dass Vorlagen nicht nur abgezeichnet, sondern auch gelesen werden sollten.

Überraschendes zeigt Stephan Eisel an mehreren Stellen seiner Beobachtungen. War Kohl der erste Vorbote einer SCHWARZ-GRÜNEN Koalition ?

In seiner Regierungserklärung „Die Schöpfung bewahren – Die Zukunft gewinnen" thematisierte Helmut Kohl 1987 zum ersten Mal in einem deutschen Regierungsdokument „die globalen Gefährdungen unserer Erdatmosphäre" und sagte:
„So droht durch den sogenannten Treibhauseffekt

Auszüge aus:
Stephan Eisel
HELMUT KOHL
– NAHAUFNAHME
Bonn 2010
228 Seiten, 19,90 €
ISBN 978-3-416-03293-3

eine gravierende Klimaveränderung ... In bedenklicher Weise wird auch die Ozonschicht angegriffen."
Kohl wollte diese damals noch weitgehend unbekannten Themen unbedingt ansprechen, obwohl sie mehrfach den notwendigen Textstraffungen zum Opfer fallen sollten. Für ihn war das Thema Umweltschutz ein ureigenes Thema der CDU. Zugleich verfolgte er genau, wie die GRÜNEN mit dem Thema umgingen und sich fest in der Parteienlandschaft zu etablieren begannen. Helmut Kohl hat es in jenen Tagen oft als eigenen Fehler bezeichnet, dass er 1978 als Partei- und Fraktionsvorsitzender den Austritt des damaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl aus Partei und Fraktion nicht hatte verhindern können. Gruhl war 1975 als Autor des ersten Umwelt-Bestsellers „Ein Planet wird geplündert" bekannt geworden und gehörte 1980 zu den Gründungsvätern der GRÜNEN.

Kohl erwähnte Ziel der Einheit immer wieder

Es ist im vereinigten Deutschland schwer vorstellbar, dass bis in das Jahr 1989 hinein das Thema Wiedervereinigung praktisch abgeschrieben war. Helmut Kohl galt schon deshalb als altmodisch, weil er sich dem widersetzte. Für ihn war das Thema „Einheit der Nation" ein gesetztes Thema in fast allen seinen Reden. Gerade wenn er frei redete, vergaß er nie, den Punkt anzusprechen.
Dabei war für ihn ganz in der Tradition Konrad Adenauers immer klar, dass die Einheit Deutschlands nur mit dem Ziel der Freiheit für alle Deutschen erstrebenswert war. Beispielhaft sei hier zitiert, was Helmut Kohl bei der „Ansprache des Bundeskanzlers über die Deutsche Welle zum Jahreswechsel 1984/85" – als noch niemand an den Fall der Mauer dachte – selbst im Redemanuskript handschriftlich ergänzte:
„Ziel deutscher Politik bleibt: in freier Selbstbestimmung die Einheit Deutschlands in einem freien Europa zu vollenden. Natürlich wissen wir alle, dass es noch lange, vielleicht sogar Generationen dauern kann, bis wir das Ziel erreichen können. Aber wir geben nicht auf!"

Als wir am 20. Februar 1990 im Volkskammerwahlkampf zu ersten Kundgebung von Helmut Kohl in der DDR reisten, landeten wir bei der Grenzübergangsstelle Herleshausen, um in der DDR auf der Autobahn nach Erfurt zu fahren. Als der Hubschrauber landete, sahen wir durch das Fenster eine in Reih und Glied angetretene Formation der Volkspolizei. Als „Begleitkommando" sollten sie uns mit Polizeifahrzeugen nach Erfurt eskortieren. Helmut Kohl stieg aus dem Hubschrauber aus, steuerte schnurstracks auf die Volkspolizisten zu und gab ihnen zu deren völligen Überraschung einzeln die Hand. Er bat dann darum, ihn möglichst ohne großen Aufwand und Blaulicht zu geleiten. Die Volkspolizisten waren sichtlich überrascht, aber sie hielten sich an die Bitte. Ein Wagen fuhr voraus, andere Fahrzeuge blockierten auf der Autobahn hinter uns den linken Fahrstreifen, sodass wir nicht überholt werden konnten. Aber die Autobahn war sowieso praktisch leer. Als wir uns Erfurt näherten, stellte Helmut Kohl fest, dass wir zu früh ankommen würden. Das wollte er nicht und kam auf die spontane Idee, eine kurze Kaffeepause einzulegen. Er bat den Fahrer, bei der nächsten Möglichkeit einen Gasthof anzusteuern. Dies wiederum brachte die Volkspolizisten völlig aus dem Konzept. Wir bogen einfach hinter ihnen ab, als sie einen Gasthof sahen, der allerdings völlig verlassen zu sein schien. Als wir anhielten, kam uns eine ältere Frau entgegen. Als sie Helmut Kohl erkannte, war sie völlig aufgelöst. Sie erzählte uns, dass alle ihre Verwandten nach Erfurt gefahren seien, um den Bundeskanzler dort zu erleben und jetzt stünde Helmut Kohl vor ihr. Das würde niemand glauben.

Auf Kohl konnte man sich immer verlassen

Helmut Kohls großes Kapital war immer seine Verlässlichkeit. Da mochte es noch so viel Kritik in Einzelfragen geben, für die meisten Menschen war doch beruhigend, dass – wie es einer seiner Kritiker einmal formulierte – „das rote Telefon auf seinem Nachttisch stand." Bei Kohl wusste man, woran man war. Das hatte vor allem damit zu tun, dass Kohl überhaupt nicht im Verdacht stand, der „Mode des Zeitgeistes" – wie er es nannte – nachzugeben. Natürlich interessierte sich auch Helmut Kohl immer für die neuesten Umfrageergebnisse, aber sie waren für ihn nicht die Richtschnur des Handelns. Er sagte dazu oft:
„Ich gehöre nicht zu denen, die morgens den Finger nass machen, um zu sehen, woher der Wind weht, und sich dann möglichst windschnittig aufstellen."
Kohls wichtigstes politisches Kapital ist seine Grundsatztreue in zentralen inhaltlichen Fragen, ohne die er politisch nicht erfolgreich gewesen wäre. Das Engagement für die europäische Einigung ist Kohls Markenzeichen, seit er als junger Mann zu denen gehörte, die Grenzpfähle zwischen Deutschland und Frankreich niederrissen. Helmut Kohl war immer Europäer aus Leidenschaft. Inhaltlich lautet Helmut Kohls europapolitisches Mantra:
„Die deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille."
Auch in seiner Neujahrsansprache nach dem Mauerfall am 31. Dezember 1989 war es Helmut Kohl sehr wichtig zu sagen:

Zu Recht Ehrenbürger Europas

„Die Väter und Mütter unseres Grundgesetzes, unserer Verfassung, trugen uns auf, für die Wiedervereinigung Deutschlands zu arbeiten und die politische Einigung Europas herbeizuführen. Der erste Auftrag ist erfüllt. Jetzt gehen wir mit aller Kraft an die Aufgabe, das vereinte Europa zu schaffen."
In vielen Gesprächen hat Kohl immer wieder betont, dass er die europäische Einigung so weit vorantreiben wolle, dass sie irreversibel werde. So habe ich am 21. Oktober 1987 über ein Gespräch mit Architekten, Malern und Bildhauern im Kanzlerbungalow notiert:
„Kohl beschrieb es als seine politische Aufgabe, in der Europapolitik die Entwicklung so auf die Schienen zu bringen, dass ein Nachfolger den Zug zur Europäischen Integration nicht mehr umkehren könne, sondern allenfalls noch das Tempo verlangsamen."

Um Helmut Kohls Wirkungskraft auf die bundesdeutsche Politik zu ermessen, sollte man sich die enorme Zeitspanne seiner Amtszeiten vergegenwärtigen: Als Ministerpräsident begann er mit Kollegen wie Herbert Weichmann (Hamburg), Georg August Zinn (Hessen), Heinz Kühn (Nordrhein-Westfalen), Hans Koschnik (Bremen) und Alfons Goppel (Bayern). Als CDU-Vorsitzender hat er bei der SPD mit Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel, Björn Engholm, Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine fünf verschiedene und bei der FDP mit Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher, Martin Bangemann, Otto Graf Lambsdorff, Klaus Kinkel und Wolfgang Gerhardt sechs verschiedene Kollegen erlebt. Als Bundeskanzler arbeitete Helmut Kohl mit den jeweils drei US-Präsidenten (Ronald Reagan, Georg Bush, Bill Clinton), britischen Premierministern (Margret Thatcher, John Major, Tony Blair) und französischen Präsidenten (Valéry Giscard d´Estaing, Francois Mitterand, Jacques Chirac) zusammen. Dazu kamen mit Leonid Breschnew, Juri Andropow, Konstantin Tschernenko und Michael Gorbatschow gleich vier Generalsekretäre der sowjetischen KPdSU und der russische Präsident Boris Jelzin.
Auch aus der Nähe betrachtet hatte Helmut Kohl die Gabe, die enorme Herausforderung der Gleichzeitigkeit des Ungleichgewichtigen im politischen

Alltag zu bewältigen, ohne vom Kurs abzukommen. Vielleicht wird das besonders an jenen Tagen Ende November 1989 deutlich – gerade auch, weil die Öffentlichkeit diesen Zusammenhang kaum wahrgenommen hat:
Am 28. November legte Helmut Kohl im Deutschen Bundestag sein historisches Zehn-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vor und am 30. November wurde sein Freund Alfred Herrhausen, Chef der Deutschen Bank, in Bad Homburg durch eine terroristische Bombe ermordet. In diesen 48 Stunden spiegelt sich wie in einem Brennglas das Spannungsfeld, in dem sich der Politiker und Mensch Helmut Kohl so oft befand.
Dass sein inneres Wertefundament ihn daran nicht verzweifeln ließ, sondern die Kraft zum Handeln gab, nötigt Respekt ab. Dass er sein politisches Koordinatensystem nicht den populistischen Versuchungen der Zeit unterworfen hat, macht seine historische Bedeutung aus. In der Gleichzeitigkeit des Ungleichgewichtigen das Wichtige vom Unwichtigen unterschieden zu haben, macht Helmut Kohl auch in der Nahaufnahme zu einem Glücksfall für die deutsche und europäische Politik des 20. Jahrhunderts.

AUS BWA UND SENAT

Dirk Bormann: „Wir wollen den BWA konsequent an den Bedürfnissen seiner Mitglieder ausrichten.“

Vorstandsvorsitzender im Interview

Die Bundesgeschäftsstelle des BWA im Berliner Ludwig Erhard Haus

Die Bundesversammlung hat sich am 15. Januar für wesentliche Veränderungen an der Spitze des BWA entschieden: Dirk Bormann ist neuer Vorstandsvorsitzender des BWA. Im Interview erklärt er, was sich für die Mitglieder des BWA in Zukunft ändern wird.

Herr Bormann, die Mitgliederversammlung hat Sie mit großer Mehrheit zum Vorstandsvorsitzenden bestimmt, herzlichen Glückwunsch! Was haben Sie sich für Ihre neue Tätigkeit vorgenommen?

Bormann: Ganz besonders wichtig ist mir, die Interessen der Mitglieder in den Mittelpunkt der Arbeit des BWA zu stellen. Das bedeutet für mich zum einen, dass sich das Dienstleistungsangebot unseres Verbandes konsequent an den Bedürfnissen seiner Mitglieder ausrichten muss.

BWA-Vorteile sollen sichtbar werden

Der Vorteil, den ein Unternehmen durch seine Mitgliedschaft im BWA hat, muss deutlich sichtbar werden. Zum anderen heißt das, dass der BWA sich auch verpflichtet, öffentlich für seine Mitglieder einzutreten.

Ändert sich dadurch die Zielrichtung des Verbandes?

Bormann: Nein, die Ziele des Verbandes sind ja in unserer Satzung festgelegt. Die Arbeit des BWA wird sich auch in Zukunft an den Prinzipien einer ethisch und sozial verantwortlichen, nachhaltigen Marktordnung ausrichten. Ich bin auch der Ansicht, dass sich der BWA mit diesen Zielen ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Verbandslandschaft gegeben hat, an dem wir festhalten sollten. Wir werden allerdings neue Akzente setzen: In Zukunft soll das „W“ wie Wirtschaftsförderung und das „A“ wie Außenwirt- schaft stärker zum Tragen kommen. Während sich der BWA früher besonders für Themen der Globalisierungsgestaltung und Nachhaltigkeit eingesetzt hat, zum Beispiel bei der Unterstützung der Global Marshall Plan Initiative, dann soll es in Zukunft verstärkt um konkrete Hilfestellungen für unsere Mitglieder gehen. Das bedeutet insbesondere eine Verstärkung des Bereichs Außenwirtschaft und des verbandsinternen Networkings.

Mehr Service, mehr Networking, mehr Außenwirtschaft

Sie haben von den Bedürfnissen der Mitglieder gesprochen. Woher wissen Sie denn, was die Mitglieder des BWA wollen?

Bormann: Da sind wir natürlich zunächst einmal auf Mithilfe angewiesen. Wir werden kurzfristig einen Fragebogen verschicken, mit dem wir das Interesse zum Beispiel an bestimmten Seminaren, an Kontakten zu Politik und Diplomatie, an gesellschaftlichen Veranstaltungen oder Außenwirtschaftsreisen abfragen möchten. Wir hoffen sehr, dass sich möglichst viele Mitglieder an dieser Umfrage beteiligen werden. Die Ergebnisse bekommen höchste Prioritätsstufe bei der Ausrichtung unseres Service-Angebots.

Erster Schritt: Mitgliederbefragung

Was wird sich noch für die Mitglieder im BWA ändern?

Bormann: Wir haben natürlich eine Menge Ideen im Vorstand, aber ich möchte hier nicht unserer Umfrage vorgreifen. Fest steht, dass wir bislang erfolgreiche Projekte und Veranstaltungen wie etwa die Reihe „Diplomatie trifft Wirtschaft“, die Hauptstadtparty und den BWA Wirtschafts-Award in Brandenburg auch in diesem Jahr weiterführen werden. Daneben wird der Internet-Auftritt des BWA derzeit grundlegend überarbeitet und auch die interne Berichterstattung soll über die beiden etablierten Newsletter Regional und Außenwirtschaft hinaus intensiviert werden. Aber wie gesagt, am Anfang steht jetzt erst einmal die Befragung unserer Mitglieder.

Wie sollen politische Inhalte in Zukunft erarbeitet werden?

Bormann: Die Kernzelle der Erarbeitung unserer politischen Inhalte bleibt unsere Kommissionsarbeit. Die Kommissionen sind von zentraler strategischer Bedeutung für die Arbeit des BWA, weshalb sie auch vom Präsidium mitgestaltet werden sollen. Die Kommissionen Bildung sowie Innovationen haben bereits ihre Arbeit aufgenommen und voraussichtlich werden zu den Themenkreisen Energie/Umwelt, Finanzierung/Steuern sowie Gesundheit jeweils noch eigene Kommissionen ins Leben gerufen. Daneben sollen auch die Geschäftsträger in den BWA-Landesverbänden in die politische Arbeit eingebunden werden. Das regionale „Andocken“ der Kommissionen, wie etwa der Bildungskommission in Sachsen-Anhalt, hat den Vorteil, dass so die Kompetenzen unserer Mitglieder in den Landessenaten besser zum Tragen kommen. Selbstverständlich werden sie durch unsere Bundesgeschäftsstelle weiter unterstützt. Wichtig ist auch, dass sich die Kommissionen zukünftig realistische Milestones, also überprüfbare Ziele und Zwischenziele, setzen. Entscheidend ist aber am Ende, dass unsere politische Arbeit vom Engagement unserer Mitglieder lebt.

Wie wird der BWA in Zukunft in der Öffentlichkeit auftreten?

Bormann: In Gegensatz zu früheren Festlegungen im BWA steht der neue Vorstand zu dem Satz: „Tue Gutes und rede darüber!“ Wir wollen den BWA stärker in die Öffentlichkeit rücken und damit auch unsere Mitglieder. Leider wurden in der Vergangenheit zielführende Vorschläge des BWA nicht genügend öffentlich berücksichtigt, so etwa die schon lange vor der Finanzkrise vorgelegten alarmierenden Analysen über das Weltfinanzsystem. In Zukunft wollen wir deshalb für wichtige Themen unserer Mitglieder noch deutlicher in der Öffentlichkeit eintreten.

Kernzelle bei der Erarbeitung politischer Inhalte im BWA: Die Kommissionen

Wie sind die Aufgaben im Vorstand verteilt?

Bormann: Der Vorstand hat sich einen Geschäftsverteilungsplan gegeben, wonach Herr Wolfram Nowsch zu seinen bisherigen Aufgabenkreisen Finanzen, Personal und der Leitung der Bundesgeschäftsstelle noch den Bereich Außenwirtschaft

AUS BWA UND SENAT

Dirk Bormann ist Geschäftsführer der BWA Wirtschaftsdienste GmbH und freiberuf- licher Unternehmer. Dem Vorstand gehört Bormann bereits seit dem vergangenen Jahr als kooptiertes Mitglied an. Zuvor war der erfahrene Manager unter anderem bei der HOCHTIEF AG und im Vorstand der Wayss & Freytag Schlüsselfertigbau AG tätig. In seiner Freizeit spielt der gebürtige Spandauer, der zwei erwachsene Töchter und vier Enkelkinder hat, gerne Tennis und Golf. „Bei meinen beruflichen und privaten Verpflichtungen komme ich im Augenblick aber leider nicht recht dazu, meinen Hobbys nachzugehen“, so Dirk Bormann.

erhält. Aufgaben von Herrn Ludwig Klaus sind insbesondere die weitere Mitgliederentwicklung und die Entwicklung der Wirtschaftsklubs und Landessenate. Hinzu kommen die Bereiche Schulungen und der Internetauftritt. Ich selbst bin gemeinsam mit dem Präsidium für die Themen Politik und Öffentlichkeitsarbeit zuständig sowie für den Service, das Rechts- und Vertragswesen verantwortlich.

In Ihrer beruflichen Laufbahn waren Sie auch als Vorstandsmitglied eines großen Baukonzerns tätig. Welche Erfahrungen bringen Sie aus dieser Zeit in den Vorstand des BWA mit ein?

Geschäftsträger stärker einbinden

Bormann: Im Wesentlichen natürlich strukturiertes Arbeiten, das Organisieren und Erfahrungen in der Unternehmenskommunikation. Unternehmenskommunikation bedeutet ja vor allem den Dialog mit Menschen, ob Mitglieder oder Außenstehende. Meine persönliche Erfahrung im BWA ist, dass wir die Geschäftsträger auf Landes- und Klubebene besser in die Entscheidungsprozesse einbinden müssen.

Ein weiterer Beschluss der Bundesversammlung betrifft die Einrichtung eines Delegiertensystems. Worum geht es bei diesem Beschluss?

Bormann: Beim Aufbau unseres Verbandes war es sinnvoll, die Gründungsmitglieder und Mitglieder, die sich aktiv engagiert haben, mit einem privilegierten Stimmrecht zu bedenken. Inzwischen ist der BWA aber zu einer ansehnlichen Größe gewachsen und der Vorstand ist ebenso wie die Bundesversammlung der Ansicht, dass die Verantwortung auf breitere Schultern gelegt werden sollte. Deshalb hat sich die Bundesversammlung für das im Verbandswesen bewährte Delegiertenwahlrecht ausgesprochen. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist aber mit einigen komplexen rechtlichen Fragen verbunden. Deshalb hat die Bundesversammlung den Vorstand mit der Erarbeitung eines Vorschlags zur Satzungsänderung beauftragt. Diesen Entwurf werden wir noch im März an das Präsidium, an die Zukunftskommission und an die Geschäftsträger des BWA weiterleiten. Danach steht einer Reform des Wahlrechts nichts mehr im Weg.

Vielen Dank für das Interview.
Das Interview führte Jens Wollesen.

Hauptstadtparty

"An diesem Abend habe ich einiges über erfolgreiches Networking in Deutschland gelernt!"

S.E. Zakaria Sulong, Botschafter der Republik Malaysia, anlässlich der BWA-Hauptstadtparty im Berliner Haus des Handwerks. Mehr als 130 Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Diplomatie ließen gemeinsam das Jahr ausklingen.

Wünschten dem BWA alles Gute:
S.E. Zakaria Sulong, Botschafter der Republik Malaysia, BWA-Vorstand Dirk Bormann und Verbandspräsident Ulf D. Posé bei ihrer Festansprache

Über den BWA ins Gespräch kommen:
Das Konzept „Wirtschaft trifft Diplomatie"

Links: S.E. Zakaria Sulong, Botschafter der Republik Malaysia, im Gespräch mit **Claus Baron von Fersen, Geschäftsführer der Säkaphen GmbH**. Die gezielte Kontaktvermittlung für Mitglieder untereinander und das Networking mit Politik und Diplomatie ist eines der Hauptanliegen des BWA.

Foto: ZDH/Peter Himsel

Ehrengast des Abends: **BWA-Vorstandsmitglied Wolfram Nowsch** freute sich über den Besuch von **Jörg Schönbohm, Innenminister und Staatssekretär a.D.**

Oben (v.l.n.r.): BWA-Vorstandsmitglied **Dirk Bormann** mit **Masaru Kanke, Botschaftsrat Japans,** dessen Ehefrau **Noriko** und Begleitern sowie **Stefan Schmitz, Geschäftsführer Außenwirtschaft des BWA** und **BWA-Vorstandsmitglied Wolfram Nowsch**

*Angeregte Unterhaltungen am Abend (v.l.n.r.): **Dr. Dirk Tesmer, Geschäftsführer des BWA-Landesverbandes Nord, im Gespräch mit S.E. Cheikh Sylla, Botschafter der Republik Senegal. Wolfgang Priedemann, Geschäftsführender Gesellschafter der Priedemann Fassadenberatung GmbH. Christina Schüller mit Gerd Donath, Präsident des Landesverbandes Sachsen und Leiter der Gebietsdirektion Leipzig der HDI Gerling Vertrieb Firmen und Privat AG***

„Wirtschaft trifft Diplomatie“ im Berlin Capital Club

Rechts: Regierungsdirektor Dr. Lutz Werner bei seinem Vortrag zur politischen Flankierung deutscher Unternehmen im Ausland durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Wir helfen deutschen Unternehmen, im Ausland Fuß zu fassen.“ Das gezielte Networking zwischen Unternehmen, Politik und Diplomatie ist eines der Hauptanliegen des BWA.

Im exklusiven Ambiente des Berlin Capital Clubs am Gendarmenmarkt trafen sich rund 30 Mitglieder des BWA, der Preußischen Gesellschaft und Vertreter des Mitveranstalters DauthKaun ZSP GmbH zum Unternehmerfrühstück mit Dr. Lutz Werner (links), Regierungsdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Im Anschluss hatten die Teilnehmer Gelegenheit, im persönlichen Gespräch mit dem Referenten und Gästen der Botschaften Chinas, Norwegens und der Taipeh Vertretung die Themen des Vortrags zu vertiefen.

Wirtschaft trifft Diplomatie: Jiaqiang Zhang *(Botschaftsrat Wirtschaft der Volksrepublik China), Regierungsdirektor* ***Dr. Lutz Werner*** *(BMWi),* ***Yi-Cheh Chiu*** *(Direktor der Wirtschaftsabteilung der Taipeh Vertretung), Oberst i.G.* ***Iver Tokstad*** *(Verteidigungsattaché der König- lich Norwegischen Botschaft) und BWA-Bundessenatsmitglied* ***Michael Schumann*** *(DauthKaun ZSP GmbH).*

Schnelle Hilfe durch das BMWi: Politische Flankierung im Ausland

Gerade kleinere Unternehmen sind auf Unterstützung im Ausland angewiesen

Berlin – Ausufernde Bürokratie, untransparente Entscheidungsverfahren in den Gastländern oder politische Einflussnahmen ausländischer Mitbewerber können Anlass für deutsche Unternehmen sein, von einem Engagement im Ausland abzusehen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) bietet deshalb deutschen Firmen in allen Phasen einer Geschäftsbeziehung politische Flankierung im Ausland.

Regierungsdirektor Dr. Lutz Werner, Leiter der Anlaufstelle für die Politische Flankierung von Auslandsprojekten, referierte beim Wirtschaftsfrühstück im Berliner Capital Club am 12. Februar zur Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung und zur Stellung der Bundesrepublik als „Exportweltmeister“.

„Zwar stimmt es, dass Deutschland als stark in die Weltwirtschaft integrierte Nation vom weltweiten Abschwung besonders getroffen wurde“, so Dr. Werner: „Es ist aber zu erwarten, dass die Exportnation Deutschland von einem wieder erstarkenden weltweiten Wirtschaftswachstum und zunehmendem Handelsvolumen in Zukunft auch in besonderem Maße profitieren wird.“ Wichtig sei insbesondere, dass Deutschland in den letzten Jahren seinen Anteil am Welthandel als einzige Wirtschaftsnation habe halten können, während alle übrigen Teilnehmer prozentual an die Wachstumsmärkte Indien und China verloren hätten. Die Mitglieder des BWA lud Dr. Lutz Werner ein, bei Problemen politischer Natur im Ausland den direkten Kontakt zu seinem Haus zu suchen: „Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind Auslandsaktivitäten mit einem großen Risiko verbunden. Wir wollen helfen, diese Risiken zu minimieren.“

V.l.n.r.: Regierungsdirektor ***Dr. Lutz Werner*** *mit dem Präsidenten der Preußischen Gesell- schaft, Volker Tschapke, und* ***Wolfram Nowsch*** *(BWA) im Gespräch.*

Der BWA im Berlin Capital Club: Mathias Schulz *(Preussenparkett), Bundessenatsmitglied* ***Michael Schumann*** *(DauthKaun ZSP GmbH),* ***Andrea Braun*** *(Geschäftsführerin WiC Potsdam), BWA-Vorstand* ***Wolfram Nowsch, Susanne Müller*** *(SchokoKunst im Holländischen Viertel), RA* ***Hans-Christoph Buchholtz, Prof. Dr. Daniel Lipton*** *(Opera of the World) mit Ehefrau,* ***Dr. Ruth Kaiser*** *(Dauth Kaun ZSP GmbH).*

Europas schönstes Gestüt stellt sich vor

Evelyn Gutmans Gestüt steht für wirtschaftlichen Erfolg und soziales Engagement

Sandro Song *– Stempelhengst und Spitzenvererber, dessen Blut ca. 20 % der europaweiten Pferdezucht geprägt hat!*

Bundessenatsmitglied, Geschäftsfrau und Gestütsbesitzerin Frau Evelyn Gutman in Aktion zusammen mit Auktionator Uwe Heckmann

5. Elite Fohlenauktion
Sonnabend den
14. August 2010

Dressurfestival
am **13. bis 15. August 2010**

Im idyllischen Norden von Werder, umgeben von Wäldern, weitläufigen Wiesen und der Seelandschaft der Havel liegt das ‚Gestüt Bon homme'. Nur 65 km vom Zentrum Berlins und 4 km von Potsdam entfernt liegt dieses malerische Anwesen. Seine außergewöhnliche Architektur eines freitragenden Hallentraktes mit zwei turmartigen Anbauten in einem zusammenhängendem Baukörper und einer terracottafarbenen Fassade fügt sich in das naturgegebene Landschaftsbild ein. Funktionelle Außenbereiche, mit Gras bewachsene Naturtribünen und zahlreiche Geländeerhebungen fließen nahtlos ineinander über und runden somit den harmonischen Gesamteindruck ab.

Sandro Song Junior *unter dem Vielseitigkeitsreiter und Weltcupsieger* ***Michael Jung***

Das Bundessenatsmitglied der BWA, Frau Evelyn Gutman, hat im Jahre 1987 das, Gestüt Bon homme' in Bramsche bei Osnabrück gegründet. Aufgrund der Entfernung zu ihrem Zuhause in Berlin wechselte das Gestüt im Jahre 2005 seinen Standort von Niedersachsen nach **Brandenburg**. Nach zweijähriger Bauzeit hat Frau Gutman nicht nur ein neues Zuhause für ihre Pferde geschaffen, sondern eine einzigartige Sport- und Freizeitstätte mit einem Gästehaus, einem Tagungs- und Konferenzraum, einem Wellnessbereich und einem Restaurant. Durch die direkte Nachbarschaft zum ‚Märkischen Golfclub' bietet die Anlage erstklassige Möglichkeiten für exklusive Sport- und Freizeitaktivitäten und zieht nationales und internationales Publikum gleichermaßen an.

Das ‚Gestüt Bon homme' mit seinen nunmehr 20 Deckhengsten schuf auf der neuen Anlage ideale Voraussetzungen für eine erfolgreiche EU-Besamungsstation. Innerhalb kürzester Zeit ist das Gestüt auch international zu einem Begriff geworden und hat sich durch die geographische Nähe zu den osteuropäischen Nachbarländern einen Standortvorteil gesichert. Die Deckstation wird durch den Stempelhengst und Spitzenvererber, **Sandro Song'** angeführt. Sein Blut hat ca. 20 % der Pferdezucht europaweit geprägt, der somit zum Weltbegriff der internationalen Sportpferdezucht geworden ist. Seine unzähligen Nachkommen sind international erfolgreich im Dressur- und Springsport. Sein direkter Boxennachbar **‚Fiorissimo'** ist durch mehrfache Siege im hochklassigen Dressursport unter der international erfolgreichen Dressur- und Vielseitigkeitsreiterin **Ingrid Klimke** zu einem Begriff in Sport und Zucht geworden. Weitere 67 Reit- und Zuchttiere teilen sich mit den Deckhengsten die großzügige Anlage.

Fiorissimo *– Seriensieger unter Ingrid Klimke in St.Georg und Intermediare I*

Die auf dem Gestüt ansässige und durch Frau Gutman gegründete ‚Reitakademie Werder' steht für die Ausbildung der klassischen Reitkunst sowie für die Vorbereitung von Fremdpferden für Körveranstaltungen und Stutenschauen. Des weiteren führt die Reitakademie unter ihrem Namen regelmäßig Veranstaltungen auf der Anlage durch. In der mit Stuck und Säulen verzierten Veranstaltungshalle mit 870 Sitzplätzen, die einem das Flair der ‚Spanischen Hofreitschule' in Wien vermittelt, finden große Hengstparaden, Pferde- und Fohlenauktionen, Qualifikationen für Championate sowie Richterseminare statt. Im März dieses Jahres hat die Reitakademie erstmals ein Dressurturnier durchgeführt, welches dank der besonderen Atmosphäre und Organisation sehr großen Anklang und Begeisterung bei den Teilnehmern und Zuschauern fand. Aufgrund dieses Turniererfolges findet vom **13. bis 15. August 2010** ein Dressurfestival mit internationaler namhafter Beteiligung statt. Es werden Dressurprüfungen bis zur Grand Prix Kür und Grand Prix Spéciale geritten. Der Höhepunkt ist der Ritt um das ‚goldene Pferd' für den erfolgreichsten Reiter. Im Rahmen dieses Turniers wird am **14. August 2010** die alljährliche mittlerweile **5. Fohlen-Elite-Auktion** durchgeführt, die in **Berlin-Brandenburg** aufgrund ihres erfolgreichen Verkaufserlöses einen hohen Stellenwert genießt. Das Dressurfestival sowie ein internationales Hengstturnier sollen zu einer jährlichen Institution auf dem Gelände des ‚Gestüts Bon homme' werden.

Reitakademie Werder

Rebecca Gutman*, Tochter des Hauses*

Die Hegstquadrille

Das ‚Relais Bon homme' ist ein Gästehaus mit 17 exklusiven und individuell eingerichteten Zimmern sowie einen Wellnessbereich, der zum Wohlfühlen und Entspannen einlädt. Hier findet man eine finnische Sauna mit Lichttherapie, Razul-Bad, Kraxenöfen, Brechelbad, Heubad, Erlebnisdusche, Sonnenwiese sowie diverse Anwendungen wie u.a. Ayurveda- Hot Stone- und Hamam-Massagen und Kosmetik. Der besondere Service ist hier ein Markenzeichen. Auch große Unternehmen finden in dem Konferenz- und Tagungsraum ihre gewünschte Ruhe.

Showtime – die Zukunft des Gestüts

Im Restaurant "Schweizer Stübchen" lässt es sich in jeder Hinsicht gut Sein

Die Eingangshalle des Relais Bon homme

Die Anlage wird durch das Restaurant und Kaffeehaus ‚Schweizer Stübchen' abgerundet. Vom Frühstück bis zum Abendessen, vom Sonntagsbrunch bis zum täglich selbst gebackenem Kuchen und ideenreichen Eis-Variationen. Die Gäste kommen aus dem nahen Umland und Berlin und entspannen sich auch gerne nach dem Golf-Spielen in der benachbarten Golfanlage oder nach Fahrradtouren. Der Blick auf das weitläufige Gelände und das Zuschauen der Reiter auf dem außen liegenden Dressurviereck bringen einem die gewünschte Ruhe.

Informationen unter
www.gestuet-bonhomme.de

Honeymoonsuite

Wellness – Razul-Bad

Parlamentarischer Abend mit Spitzenpolitikern in Bonn

Zu einem parlamentarischen Abend in offener und vertraulicher Atmosphäre trafen sich Senatoren mit Spitzenpolitikern zum Gedankenaustausch über aktuelle Themen.
Der Vorsitzende der CDU Fraktion im Nordrhein-Westfälischen Landtag, Helmut Stahl, gilt als enger Vertrauter des Ministerpräsidenten. Ulrich Kelber MdB, gehört dem engsten Führungskreis der SPD in NRW an und ist gleichzeitig der stv. Fraktionsvorsitzende im Bundestag, verantwortlich für Umwelt und Energie.

Vertrauliche Atmosphäre beim parlamentarischen Abend

Als Verwaltungsratsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit ist Peter Clever ein besonders kompetenter Gesprächspartner in der Diskussion um Reformen der Hartz IV Gesetze.
Angesichts der aktuellen Diskussion um die Reform der Arbeitsagenturen, die Ausgestaltung der Altersteilzeit und die Unterstützung von Arbeitsplätzen, ist Clever für Unternehmer der richtige Ansprechpartner.

Es gehört zum Konzept der parlamentarischen Abende, dass die Runde aller Teilnehmer auf 20 begrenzt bleibt, damit eine vertrauliche Gesprächsatmophäre entstehen kann. cb

*MdB **Kelber** und Senats Generalsekretär **Andreas Geuss***

MdB Volker Wissing Vorsitzender des Finanzausschusses trifft Bundessenat

Bei einem Gespräch mit dem Bundessenat zeigte sich der Vorsitzende des Bundestags Finanzausschuss Dr. Volker Wissing (FDP) entschlossen die Banken bei der Bewältigung Kosten, die durch die Finanzkrise entstanden sind zu beteiligen.
Für den BWA stellte Dieter Härthe die Studie „Weltfinanzsystem in Balance" vor. Hier werden Wege aufgezeigt, durch verträgliche Regulierungsmechanismen das Bankensystem zu organisieren. Es werden Vorschläge unterbreitet, nach denen die Finanzbranche zur Lösung globaler Probleme mit beitragen kann. Im Juni findet ein Senatorentreffen mit dem Ausschußvorsitzenden MdB Dr.Wissing statt.

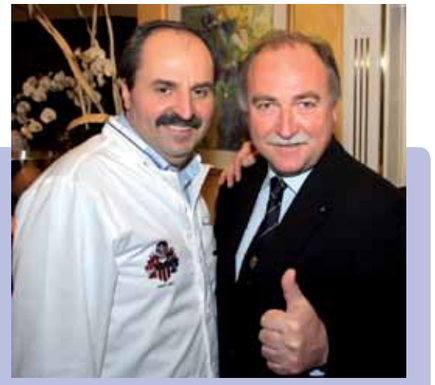
nächste politische Gespräche für Senatoren

Mai 2010
FDP Generalsekretär Christian Lindner
Bundesjustizministerin Leutheusser Schnarrenberger

27.Mai 2010 Senatoren treffen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in Hamburg

8. Juni 2010 Senatoren treffen
Dr. Volker Wissing MdB Ausschussvorsitender
Bundesminister a.D. Dr. Frank Walter Steinmeier
SPD Fraktionsvors.

Senatsabend bei Senator Johann Lafer



Zu einem eindruckvollen Abend in Johann Lafers Stromburg trafen sich mehr als 70 Gäste zur 5 Jahrfeier des Landessenates Rheinland Pfalz. Als Gastgeber begrüßte Landesgeschäftsführer Andreas Geuss neben Abgeordneten des Bundestages auch den Referenten des Abends Dr. Volker Lehnert, der als Kirchenrat zum Mythos Werteverfall Denkanstöße gab. Johann Lafer, selber von Beginn an Senator, war bestens aufgelegt und freute sich, den international ausgezeichneten Winzer Willi Opitz vom Senat der Wirtschaft Österreich kennen zu lernen.

BWA Düren Aachen diskutiert zum Thema Personalrat

Rege Beteiligung beim Thema Zusammenarbeit mit dem Personalrat in Düren. Beim marktführendem Hersteller für Teppichböden Anker versammelten sich mehr als 60 Mitglieder und Gäste und Diskutierten kontrovers. Die einen berichteten von gravierenden Problemen, die anderen konnten hilfreiche Zusammenarbeit melden. Die Referenten und Experten waren hochkarätig besetzt. Dr. Gerlind Wisskirchen, Rechtsanwältin mit internationaler Spezialisierung auf Arbeitsrecht, Michael Schäfer, langjähriger Chef der Metallarbeitgeber in NRW und stv. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, Dieter Noldenn als Chef von Rewe Karstatt Feinkost mit 3.000 Mitarbeitern, der BWA Düren Aachen Präsident Bertram und Hausherr Markus Schoeller, geschäftsführender Gesellschafter der Anker Werke. Bertram und der Hausherr Markus Schoeller, geschäftsführender Gesellschafter der Anker Werke.

WAS DÜRFEN WIR FÜR SIE TUN?

VITAMIN
FÜR IHR UNTERNEHMEN

NUTZEN SIE UNSERE KOMPETENZ,
UND PROFITIEREN SIE VON UNSEREN KONTAKTEN!

BWA
Wirtschaftsdienste GmbH

KONTAKT: TEL: +49 (0) 30 / 700 11 43 26 / FAX: +49 (0) 30 / 700 11 43 20

BWA-NEUJAHRSEMPFANG IN ERFURT

Im Uhrzeigersinn: Die Teilnehmer des Neujahrsempfangs im prachtvollen Rathaussaal. Wirtschaftsminister Matthias Machnig mit BWA-Lan- dessenator und Präsidiumsmitglied Joachim Kaufmann, Bezirksdirektor der Volksfürsorge Vertriebs AG Erfurt. BWA-Bun- dessenator Hans-Ulrich Gruber, Vorstand der AGO AG Energie + Anlagen AG, hielt einen Vortrag zur aktuellen Situation im Bereich der Alternativen Energien.

„Auf die Unterstützung unseres Hauses kann der Mittelstand in Thüringen bauen!"

Wirtschaftsminister Matthias Machnig (oben und links unten mit Landesgeschäftsführer Matthias Anschütz) anlässlich des feierlichen Neujahrsempfangs des BWA in Erfurt. Mehr als 120 hochrangige Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und öffentlichem Leben, darunter der Oberbürgermeister der Stadt Gotha und Vertreter der Stadt Erfurt, machten die Veranstaltung im prachtvollen Festsaal des Rathauses zu einem großen Erfolg. Mit dabei waren auch sieben neu berufene Mitglieder des BWA, denen Wirtschaftsminister Machnig ihre Mitgliedsurkunde aushändigte. Links: BWA-Landessenator Andreas Otto hielt die Laudatio anlässlich der Berufung.

Damit neues Wissen auch Nutzen hat

Fraunhofer-Institut Magdeburg als Brücke zwischen Wissenschaft und Wirtschaft

Gerade kleinere Unternehmen sind auf Unterstützung im Ausland angewiesen

In dem blauen Rundbau befindet sich das 360 Grad Laserprojektionslabor, der Elbe Dom
Foto: Armin Okulla

„Wir haben zur Aufgabe aus neuem Wissen und neuer Technik Produkte neu zu entwickeln. Aus neuem Wissen sollen sich auch neue Märkte erschließen, besonders für den Mittelstand," beschreibt Prof. Dr. Michael Schenk, Bundessenator des BWA und der Institutsleiter des Fraunhofer IFF Magdeburg, die Zielsetzung.
Dazu arbeiten im Institut 180 Mitarbeiter und erwirtschaften immerhin 75 % aller Kosten durch Dienstleistungen oder Forschung für die mittelständische Wirtschaft. Das Institut ist Teil der Fraunhofer-Gesellschaft, die eine gemeinnützige Forschungsgesellschaft ist und dem Bundesforschungsministerium zugeordnet ist.

Die 59 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft unterscheiden sich den Themen, die bearbeitet werden.

Thema des Magdeburger IFF ist neben anderem das Digitale Entwicklungs- und Trainingscenter. „Wir nennen es spaßig ELBE DOM," meint Prof. Schenk, „mir ist keine vergleichbare Einrichtung in Europa bekannt, die so hochwertig digitale Welten erzeugen kann." So können Prozesse, Abläufe oder schlicht Montagehandlungen realitätsnah ausprobiert werden, ohne dass bei Fehlern ein Schaden entstehen kann. Oder schlicht kann digital erreicht werden, was der realen Welt verborgen bleibt. So hilft das Institut auch der Wirtschaft bei Abläufen, Produkten oder Methoden zu erkennen, zu verstehen und zu testen.

Alles wie im realen Leben

Der Elbe Dom, der offiziell VDTC – Virtual Digital Training Center heißt, hat einen Durchmesser von 18 Metern und ist 7,3 Meter hoch. Nutzer können sich frei im Dom bewegen, sehen in 360 Grad Projektion alles in der digitalen Welt wie real. Jedes Objekt reagiert auf Bewegung der Nutzer wie in realer Situation. Dabei werden die Folgen der Handlungen auch blitzschnell berechnet und wie physikalisch real dargestellt. Prof. Schenk erklärt das am Beispiel einer Türklinke. Würde der Nutzer bei einem Versuch im Dom die Türklinke der einen Seite herausziehen, dann würde die Projektion die andere Klinke herunterfallen lassen und ein entsprechendes Geräusch ertönen, wenn diese auf dem Boden landet. Alles wie im echten Leben. Solch genaue Darstellung macht es möglich, Montageabläufe zu erproben.
Besonders wichtig dabei, die freie Bewegung der Teilnehmer. Bis zu drei können gleichzeitig im Raum die digitale Welt synchron zu ihren Handlungen und Positionen im Raum wahrnehmen.

Prof. Dr. Martin Schenk studierte in den 70er-Jahren Mathematik in Magdeburg und startete sein Berufsleben in der Materialwirtschaftsindustrie. Später wurde er wissenschaftlicher Assistent und promovierte zum Dr. Ing. Ende der 80er-Jahre habilitierte er sich und wurde Universitätsprofessor. Seit 1994 ist Prof. Schenk Instituts-leiter des IFF. Er hat zusätzlich einen Lehrstuhl und ist in einigen Gremien und Verbänden tätig. Beim BWA ist Prof Schenk Bundessenator.

Dazu werden spezielle Anzüge getragen, die mit 47 Bildpunkten belegt sind. Eine Infrarotkamera nimmt den Körper der Nutzer mit diesen 47 Punkten auf. Beinahe in Realzeit kann der Computer Bewegungen und Standort berechnen und die Projektion einstellen. Besonders bemerkenswert, es ist keine 3D-Brille erforderlich. Jeder Teilnehmer hat dennoch sein individuelles Bild.

Diese Möglichkeiten können genutzt werden, um ganz praktisch auch den Aufbau oder die Montage von Maschinen zu lernen.

Wissen für den Markt nutzbar machen

Schon seit bald 15 Jahren wird an der Einrichtung und Entwicklung des Elbe Dom gearbeitet und geforscht. Ein Investment von 50 Mio. Euro steht dahinter.
Hier kann die Industrie zusammen mit der Wissenschaft ausprobieren, ob denn auch die erdachten Abläufe in der Realität umsetzbar sind. Ein wichtiges Feld sind dabei auch die Roboterentwicklungen.

„In unserem Dom kann man sehen, ob der Roboter denn auch das macht, was man sich vorstellt," erläutert Martin Schenk.
Das Geschäftsfeld »Robotersysteme« des Fraunhofer IFF entwickelt bereits heute im Auftrag der Industrie sowie im Rahmen öffentlich geförderter Forschungsprojekte Roboter und dessen Schlüsselkomponenten von morgen. Schwerpunkt ist die Entwicklung neuer Roboter- und Sensorsysteme, die heute noch nicht kommerziell verfügbar sind.
Alle Roboterentwicklungen des Geschäftsfeldes »Robotersysteme« dienen der Verbesserung des Lebensstandards des Menschen. Die Roboter unterstützen den Menschen entweder direkt bzw. übernehmen gefährliche, monotone oder für den Menschen unlösbare Aufgaben.
Im Jahre 2009 wurde das Institut folgerichtig für die exzellenten Leistungen im Rahmen der „Innovationsallianz Virtuelle Techniken" mit einigen der wichtigsten Vorschungsaufträgen betraut, die die Bundesregierung fördert.
Maria C. Wilhelm

Innenansicht des 360 Grad Laserprojektionslabors
Foto: Armin Okulla

18 Monate danach

New York boomt als Metropole

Kommt der Boom auch zur Wall Street zurück?

Text und Bilder von Christoph Brüssel

The city that never sleeps – das Mekka der Metropolenhungrigen, die die Mischung aus beinahe unwirklichen Wolkenkratzern und hektischer Betriebsamkeit, Kulturangebote und Shopping suchen.

New York, die Stadt der Millionen Geschichten und der Geschichten über Millionen. New York, die Stadt des Business, das Zentrum der Finanzwelt.

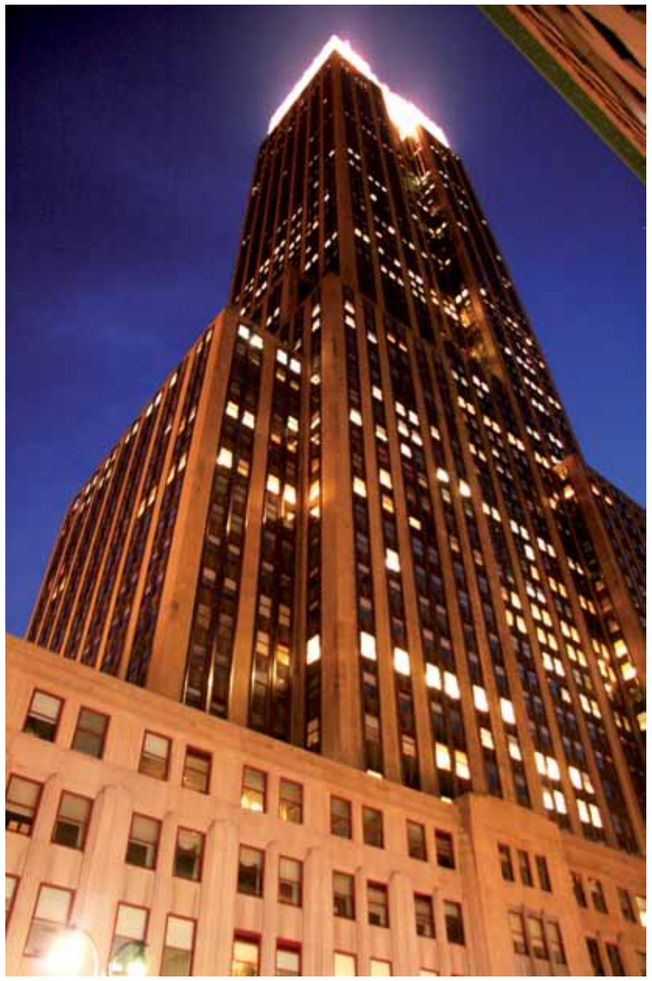
New York, die Stadt, in der die größte Finanzkrise eine Bühne für ihre Premiere fand. Leider ist die Straße, auf der diese Bühne zu finden ist, nicht der Broadway, sondern Wall Street.

Eineinhalb Jahre danach – die Stadt, die niemals schläft, ist weiter wach. Beliebt, millionenfach besucht. Die Stadt ist weiter so faszinierend. Sind aber auch Signale zu finden, ob Wall Street weiter leidet oder zu einem neuen Morgen für die Finanzwelt ruft? Diesmal vielleicht der Krise eine Bühne für ihr Ende bietet?

Lehman Brothers, das war der Stein des Anstoßes, die Reaktion eine Kettenreaktion. Banken, die immer schon bekannt für die Ungnädigkeit gegenüber strauchelnden Gläubigern waren, fühlten selber, wie es ist, wenn der Regenschirm beim ersten Tropfen weggenommen wird. Nur die Bankmanager, die wollten selber nicht in dem Regen stehen, den sie heraufbeschworen hatten.

Erstmals zeigt sich die Globalisierung für jedermann. Im Schlechten wie im Guten. Die Kettenreaktion erfolgt rund um den Globus, aber die Rettungsaktivitäten werden ebenso global organisiert. Regierungen der verschiedenen Länder wachsen schnell zu einem synchron entscheidenden Team. Auch diese Welle geht von hier aus, von New York.

Träume wachsen langsamer in den Himmel



Was entwickelte sich in der Zwischenzeit am Finanzplatz Wall Street, den die Welt der Banken im Auge hat. Meldungen über wieder steigende Umsätze auf dem Börsenparkett. Aber sind es neue Investoren? Die Börse handelt notierte Werte. Neue Platzierungen an den Märkten sind weiter sehr selten. Der schnelle Reichtum der jungen Börsenmakler ist nicht mehr in den Schlagzeilen. Investmentgesellschaften haben viele Angestellte entlassen, kochen auf kleinerer Flamme. Noch immer berichten Insider von großer Zurückhaltung bei den Anlegern. Die institutionellen Investoren sind auf dem Weg, sie müssen sich zeigen. Aber die Verlängerung der Investitionsvolumen, die so genannten Hebel sind gekürzt. Banken geben den Fonds keine Spielräume mehr, mit den ganz großen Summen zu „spielen“. Die meist genutzten Worte, wenn man die Makler am frühen Abend zum Job befragt, sind „Zurückhaltung“ und „Bonitätsprüfung“. Die Wall Street lebt, sie pulsiert, aber sie wirkt erwachsener. Vielleicht auch etwas nachdenklicher. „Es wird niemals mehr, wie es einmal war“, sagt einer beim afterjob beer.

Die Immobilien wachsen weiter in den Himmel. Die Träume jedoch werden nicht mehr so schnell in den Himmel wachsen. Neubau in NY gibt es noch, schöne Glaspaläste. Es sind aber weniger schöne Glaspaläste geplant als noch vor zwei Jahren. Und die Baupläne haben mehr Zeit, die Finanzierung braucht die Zeit. Keine schnellen Kredite für heiße Investoren.

Selbst auf der 5th Ave sieht man Leerstand. Nicht nur in Büroetagen, Ladenlokale – nur einige sind leer. Aber eben, einige sind leer.

Die berühmten Limos für die erfolgreichen Geschäftsleute, die sich besser fühlen, als mit dem Cap fahren zu müssen, sieht man oft am Straßenrand vor den guten Restaurants und Bars. Ein Zeichen, dass der Wohlstand die Geschäftsleute in Big Apple nicht verlassen haben kann – denkst du. Der Limochauffeur weiß, dass das Geschäft um mehr als 30 % zurückgegangen ist. „Man muss was tun, um gegen den Verlust zu kämpfen,” sein Kommentar.

Und so stehen die schwarzen Edelschlitten bereit für die weniger gewordenen Reichen, berechnen kein Geld für die Wartezeiten. Sie zeigen sich kundenfreundlich und bieten den gewohnten Luxus offen an, den Luxus, der für 30 % mehr früher bezahlbar war.

The city that never sleeps

New York als Metropole boomt. Die Finanzkrise hat nicht zu weniger Besuchern der Stadt geführt. Seit Jahren schon ist die ehemals von Kriminalität gezeichnete Stadt friedlicher und sauberer geworden. Law and order war die Zielsetzung, vieles wurde umgesetzt.

Fragt man in den Restaurants und Bars nach, dann wird von weniger Umsatz bei gleicher Frequenz an Gästen berichtet. Immer wichtig die Weisheit der Taxifahrer. Dieser folgend, ist die Krise noch nicht besser geworden. Die Umsätze sind noch nicht erholt. So plaudert der aus Indien stammende Driver, der seit mehr als zehn Jahren durch Big Apple steuert, businessmen, ja die fahren. Aber wenn es Abend ist oder am Wochenende, da ist kaum was zu verdienen. Nach „9/11“ kam der Umsatz nach einem Jahr wieder, jetzt noch nicht.

Verschwunden die Kunstgalerien in SOHO. Boutiquen und Markenshops, ein Applestore, das sind die neuen Pächter der Lofts in SOHO – teuer, nicht immer kreativ. Wer lange nachfragt und viel sucht, der wird die Galerien heute auf der anderen Seite des Hutsons, in Williamsburg finden. Da können sich diese auch nach den Umsatzrückgängen die Pacht noch leisten.

The city that never sleeps ist hellwach und bereit, die Krise vergessen machen zu lassen. Wall Street meldet eifrig Erfolg und steigende Indexzahlen. Zuversicht ist der Anfang.

Neue Offensive stärkt deutsche Außenwirtschaft

Politischer Beitrag des Abgeordneten Dr. Bijan Djir-Sarai

Dr. Bijan Djir-Sarai, MdB, *ist seit 2009 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Neuss I (Neuss, Grevenbroich, Dormagen, Rommerskirchen). Der FDP-Politiker ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Unterausschuss „Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung“. In seinem Wahlkreis engagiert sich Herr Dr. Djir-Sarai als Stv. Landrat. Er ist stellvertretender Vorsitzender der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe.*
Für Dr. Djir-Sarai ist wirtschaftliche Zusammenarbeit ein elementarer Bestandteil deutscher Außenpolitik.

Treffen die von OECD und IWF veröffentlichten Wachstumsprognosen in Höhe von 6 % für den Welthandel wirklich ein, sollte Deutschland sich seinen Teil des Kuchens rechtzeitig und vor allem nachhaltig sichern. Wer will schon dafür verantwortlich sein, dass Deutschland seinen Weg nach den Einbrüchen in der Exportwirtschaft nicht mit den optimalsten Rahmenbedingungen meistern kann? Eine effektive Gestaltung der deutschen Außenhandelspolitik kann die Weichen für Fortschritt sowie Einkommens- und Wohlstandswachstum schon heute stellen. Hohe Produktqualität und die Zuverlässigkeit deutscher Unternehmen sind doch die ausschlaggebenden Gründe dafür, dass die deutsche Exportstärke weltweit bekannt ist. Die Sicherung dieser Eigenschaften sowie die Unterstützung bei der freien Entfaltung von Wettbewerb und Handel sehen wir als unsere klare Aufgabe für die nächten Jahre.

Fokus bei der Förderung

Liberale Außenwirtschaftspolitik setzt ihren Schwerpunkt bei der Förderung deutscher Unternehmen im Ausland. Kleinen und mittleren Unternehmen müssen bessere Chancen im Export eröffnet werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn wir unsere Unternehmen gezielt auf Märkten mit hohem Potenzial wie zum Beispiel Brasilien, Russland, Indien und China tatkräftig unterstützen. Inhaltliches Augenmerk muss auf die globalen Zukunftstrends Verkehr, Gesundheitswirtschaft, Sicherheitstechnologie und Energie sowie auf die Luft-und Raumfahrtindustrie gerichtet werden. Der Export kultureller und kreativer Produkte liegt bei unserer Außenwirtschaftspolitik ebenso im Fokus wie die Förderung von Pharma- und Biotechnologie oder Medizin- und Umwelttechnik.

Unsere Außenhandelspolitik wird in Zukunft mit Standortkampagnen, Informationsveranstaltungen und Fachsymposien verstärkt die Trommel für deutsche Unternehmen im Ausland rühren. Generell müssen Unternehmen sich im Ausland stärker untereinander vernetzen sowie Kontakte zu Investoren und Handelskammern suchen. Dabei werden ihnen vereinheitlichte und transparente Verfahren bei Exportförderprogrammen, Beratungsangebote der Bundesregierung zu Investitionen im Ausland sowie die Einrichtung einer Online-Datenbank mit Kontakten zu exporterfahrenen Business Angels behilflich sein.
Ein weiterer Eckpfeiler deutscher Außenhandelspolitik ist der Bürokratieabbau. Streichung von für die Praxis irrelevanten Vorschriften im Außenhandelsgesetz und Beschleunigung bei Entscheidungsverfahren für Exportkredit- und Investitionsgarantien stehen dabei im Vordergrund. Konkret müssen Zoll-, Abfertigungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht werden. So würden endlich Transparenz und gleichzeitig Kostenersparnis den internationalen Handel bestimmen. Eine grundlegende Überarbeitung des Außenwirtschaftsgesetzes dient besonders dem Mittelstand. Auch dieser Vorstoß zeigt die große Bedeutung, die die christlich-liberale Regierung dem deutschen Mittelstand beimisst.
Die neue Außenwirtschaftsoffensive des Wirtschaftsministeriums sieht zudem den wirksamen Schutz vor Produktpiraterie und die zügige Unterzeichnung bilateraler Freihandelsabkommen besonders mit Korea, Singapur sowie weiteren ASEAN-Staaten vor: Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Exportbedingungen für unsere deutschen Unternehmen.
Die Kritik an unserer Exportstärke sollte uns nicht verunsichern und von unserem Kurs abbringen. Es wäre jetzt nicht nur fahrlässig, unsere Exportbemühungen daraufhin abzuschwächen, sondern auch unverantwortlich unseren deutschen Unternehmen gegenüber, die uns all die Jahre hervorragende Exportzahlen und einen unbezahlbaren Ruf als Top Exportnation beschert haben. Aus diesen Gründen sind die vorgestellten Maßnahmen der Außenwirtschaftsoffensive unerlässlich, um den Export als wichtigsten Wachstumsmotor gebührend zu unterstützen. Wir hoffen auf eine erfolgreiche Zeit für die deutsche Exportwirtschaft.

WIRTSCHAFTSWELT

Haben Werte bei Banken einen Wert?

Interview mit dem Vorstandsvorsitzenden der SPARDA-Bank München Helmut Lind für SENATE

Als Täter in Nadelstreifen werden die ehemals hoch angesehenen Banker beschrieben – es gibt wohl aber auch andere Ansätze, die mit der Krise eine neue Chance bekommen.

Das Image der Finanzwelt hat sich in den vergangenen eineinhalb Jahren drastisch verschlechtert. Laut einer aktuellen Marktforschungsstudie ist die Branche sogar noch unbeliebter als die der Tabakindustrie. Es scheint jedoch auch Ausnahmen zu geben. Nicht alle Banker sind nur auf Boni und Gewinnmaximierung aus. Bereits vor der Krise plädierte Helmut Lind aus München auch öffentlich für eine neue Ethik in der Finanzbranche. Er ist heute Vorstandsvorsitzender der SPARDA-BANK München. SENATE sprach mit Helmut Lind über eine etwas andere Blickrichtung als die der reinen Renditemacher. Gibt es noch gute Banker?

Helmut Lind: „Die gibt es definitiv! Ich fordere hier auch dringend eine differenzierte Beurteilung der Finanzkrise und ihrer Verursacher. In der Branche gibt es sicherlich schwarze Schafe, aber sie ist nicht per se schlecht. Die Sparda-Bank München ist zu keinem Zeitpunkt von ihrer Linie abgewichen. Im Gegenteil: Sie ist ihrem genossenschaftlichen Prinzip durchgängig treu geblieben – das da lautet, zum Wohl der Mitglieder tätig zu sein. Das ist unser Auftrag und diesen Auftrag nehmen wir seit unserer Gründung vor 80 Jahren sehr ernst. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparda-Bank München eG füllen die genossenschaftliche Grundidee Tag für Tag mit Leben. Der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt. Statt auf kurzfristige Gewinnerzielung auf Kosten Dritter setzen wir auf einen langfristigen Geschäftserfolg mit nachhaltiger Verantwortung. Ich würde mir wünschen, dass die gesamte Finanzbranche diese ethische Maxime als Maßstab für ihr unternehmerisches Handeln und ihr Geschäftsgebaren heranziehen würde."

Ihren letztjährigen Geschäftsbericht haben Sie unter das Motto „Werte schaffen Erfolg" gestellt. Was verstehen Sie darunter?

Helmut Lind: „Wir haben uns gefragt: Für was steht die Sparda-Bank München? Was zeichnet uns aus, für welche Werte stehen unsere Mitarbeiter ein? Dazu haben wir unter anderem im Frühjahr 2009 erstmals eine umfassende Kulturanalyse durchgeführt. 78 Prozent unserer Mitarbeiter haben daran teilgenommen. Daraus ist ein sehr konstruktiver Prozess entstanden! Wir wollten unsere Unternehmensphilosophie nicht als fest zementiert und für alle Ewigkeit in Stein gemeißelt definieren. Trotzdem wollten wir etwas Verbindliches und Bleibendes schaffen. Was also ist dauerhaft? Die Werte! Da stehen für uns ganz oben: die Nachhaltigkeit, Freundlichkeit und Fairness, die Zuverlässigkeit, Wertschätzung und Loyalität. Sie sind in unseren genossenschaftlichen Ursprüngen verankert und spielen auch in der heutigen Sparda-Welt eine große Rolle, nicht nur im Verhältnis vom Mitarbeiter zum Kunden, sondern eben auch unter den einzelnen Mitarbeitern. Diese Werte sind die Basis von allem, und sie sind eben auch die Grundlage für unseren Erfolg. Die Werte sind also fest, nur ihre Interpretation und ihre Übersetzung in die tägliche Geschäftspolitik bleiben dynamisch. Das müssen sie auch, denn ein Erfolg ist nichts Garantiertes – dafür muss man sich ständig überprüfen, seine Strategie an die äußeren Bedingungen anpassen und zu Veränderungen bereit sein. Unser Erfolg ist nur etwas wert, wenn er „menschliche Züge" aufweist, unter fairen Bedingungen entstanden ist und auf eine nachhaltige Perspektive ausgelegt ist. All das spiegelt dieses Motto meiner Meinung nach perfekt wider und diese Botschaft transportiert unser Geschäftsbericht 2008."

Wie lebt und arbeitet es sich mit dieser doch sehr moralisch anmutenden Sichtweise in einer scheinbar stark profitorientierten Finanzwelt? Schon Horaz meinte ja: „Virtus post nummos. – Die Tugend (kommt) nach dem Geld."

Helmut Lind: „Jede Veränderung braucht einen Vorreiter, einen Pionier. Etwas Neues wird natürlich immer kritisch betrachtet, denn eine Umgestaltung verlangt vor allem Mut, weshalb sie nicht von jedem positiv aufgenommen wird. Wenn auch ich mit Horaz antworten darf: „Das Geld soll nicht herrschen, aber dienen soll es." Das Finanzsystem an sich hat durchaus seine Daseinsberechtigung. Unsere Gesellschaft würde ohne Geld und Finanzwesen nicht auskommen. Wir müssen es aber schaffen, der deutschen Bankenwelt eine komplett neue Richtung zu geben – denn die Tugend gilt meiner Meinung nach auch dann noch, wenn das Geld nichts mehr wert ist."

Mal ketzerisch gefragt: Kann wirtschaftliches Wachstum überhaupt gerecht sein?

Helmut Lind: „Natürlich kann es das! In den vergangenen Jahrzehnten ist auf der Welt leider ein extremes, ein ungesundes Ungleichgewicht entstanden: Die Ressourcen werden ausgebeutet, die Umwelt wird misshandelt. Der eine Teil der Welt lebt im Überfluss, der andere verhungert. Der eine Teil verursacht eine Finanzkrise, doch der andere Teil ist der größte Verlierer in diesem Spiel, weil dort die zarten Pflänzchen des Wachstums nun durch den globalen Orkan wieder zerstört worden sind. Wir alle müssen lernen, unser Handeln nach neuen Maßstäben zu bemessen – das erfordert ein Umdenken und eine Änderung der liebgewonnenen Gewohnheiten. Ein profitables Unternehmen ist kein Unternehmen, bei dem am Ende des Jahres nur die Aktionäre und die Boni-Bezieher auf der Gewinnerseite stehen, weil die Zahlen stimmen. Profitabel heißt für mich, dass alle Seiten profitieren. Gerechtes Wachstum heißt für mich, dass ich während des Wachsens nicht nur nach oben schaue und das „Mehr" im Visier habe, sondern dass ich auch nach vorne schaue, vorausschaue und das „Danach" im Blick behalte. Das bedeutet: Ich überlege, welche Folgen hat mein Handeln für meine Mitmenschen, meine Nachbarn, meine Nachfolger, meine Kinder hat. Wenn ein Unternehmen oder eine Wirtschaft auch in diesem Kontext wächst, dann kann das auf jeden Fall gerecht sein.

Neuerdings scheint es in Mode zu sein, dass Unternehmen sich mit dem Etikett der Nachhaltigkeit schmücken – es gibt Nachhaltigkeitsbanken, Nachhaltigkeitsberichte und Nachhaltigkeitsbündnisse. Die Deutsche Bank betreibt bereits seit Mitte der 90er-Jahre ein Nachhaltigkeits-Management-System. Wie nachhaltig ist die Nachhaltigkeitsphilosophie der Sparda-Bank München?

Helmut Lind: „Die Nachhaltigkeit hat bei der Sparda-Bank München eine lange Geschichte, auch wenn wir ihr vielleicht früher einen anderen Namen gegeben haben. Denken Sie daran, dass wir seit unserer Gründung 1930 eine Genossenschaftsbank sind. Bei uns ist es durch den Förderauftrag sogar in der Satzung FESTGELEGT, dass wir zum Wohle unserer Mitglieder handeln. Wir übernehmen seit jeher Verantwortung für die Menschen und für die Region. Das umfasst natürlich auch die Umwelt – ein Bereich, dem wir uns schon seit einiger Zeit verstärkt widmen, ob nun durch die Einführung unserer „Sparda München nachhaltige Vermögensverwaltung" oder auch durch Mitarbeiterinitiativen, die sich um den Umweltschutz in unserer Bank kümmern. Verstehen Sie, mir geht es dabei nicht um das Etikett der Nachhaltigkeit. Mir geht es darum, dass wir diesen Begriff mit Sinnhaftigkeit, Inhalt und Taten füllen. Wie ich eben schon sagte, muss man beim Wachstum auch an sein Umfeld denken – daher zieht sich der Gedanke der Nachhaltigkeit bei der Sparda-Bank München auch durch alle Bereiche und ist keine Modeerscheinung, sondern ein Grundsatz.

Seit 1. März zahlt Ihr Haus für Mitarbeiter pro Kind, das jünger als 36 Monate ist, ein Elterngeld in Höhe von 150 Euro, es gibt auch eine Mitarbeiter-Initiative der SPARDA München, die sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie engagiert. Doch im Allgemeinen kritisieren die deutschen Frauen,

dass sie sich noch immer zwischen Kinder und Karriere entscheiden müssen. Wie weit sind wir von einem familienfreundlichen Deutschland entfernt?

Helmut Lind: „Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, aber dass hier auch noch viele Anstrengungen vonnöten sind. Man muss jedoch auch anerkennen, dass es hierbei wirklich um einen signifikanten gesellschaftlichen Wandlungsprozess geht, der nicht von heute auf morgen abgeschlossen sein kann. Es hat sich schon einiges getan, es gibt viele Initiativen und Versuch und auch die Regierung fördert die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. Wir von der Sparda-Bank haben gelernt, dass es wichtig ist, auf die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiter einzugehen. Eine alleinerziehende Mutter, die ihr einziges Kind täglich in die Krippe bringt, hat andere Bedürfnisse als die Mama einer Großfamilie oder der Mann, der sich zu Hause um seine pflegebedürftigen Eltern kümmert. Aber sie alle haben den gleichen Anspruch auf ausreichend Zeit mit der Familie. Diesen vielfältigen Ansprüchen versuchen wir mit unseren über 100 Arbeitszeitmodellen gerecht zu werden. Die Rückmeldungen unserer Angestellten und die Arbeit der Mitarbeiterinitiative helfen uns dabei, diese Modelle noch weiter zu verbessern. Das wünsche ich mir auch für die Unternehmenswelt in Deutschland: Dass man mehr miteinander spricht, um voneinander zu lernen und von den Erfahrungen des anderen zu profitieren. "

Werfen wir noch mal einen Blick auf das Jahr 2009. Wie fällt Ihr Fazit aus? Wie hat sich die Sparda-Bank München in der Finanzkrise bewährt?

Helmut Lind: „Die Sparda-Bank München hat sich in den Stürmen der Finanzkrise als Stabilitätsgarant erwiesen. Immer noch suchen die Menschen nach Sicherheit und Transparenz. Unsere Kunden setzen großes Vertrauen in unsere vorausschauende Geschäftspolitik und honorieren unsere stabile und solide Strategie. Trotz der andauernden weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise und der damit einhergehenden Turbulenzen – Konjunktureinbrüche und Insolvenzwellen – stehen bei uns alle wichtigen Kennzahlen auf Wachstum. So konnten wir mit der Bilanzsumme sogar erstmals die fünf-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. Der Kundenbestand lag zum Ende des Jahres bei 268.011, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus von über zwei Prozent. Wir sind folglich sehr zufrieden mit dem Geschäftsjahr 2009 und sehen darin auch eine Bestätigung unserer Geschäftspolitik."

Derzeit wird eine sehr hitzige, in großen Teilen auch unsachliche Debatte über unsere heutigen Gesellschaftsstrukturen geführt. Die auseinanderklaffende Schere zwischen den Gehältern von Spitzenmanagern und Normalverdienern, das BGH-Urteil über die Hartz-IV-Regelsätze und die als zu schwach eingestuften Regularien für die Finanzmärkte – in Deutschland brodelt es. Was meinen Sie, wo geht der Weg hin?

Helmut Lind: „Umbrüche passieren ja nie im Stillen, schweigend und ohne Widerrede. Daher begrüße ich es grundsätzlich, dass über die bestehenden Verhältnisse wieder lebhafter diskutiert wird, auch wenn ich die Art und Weise und so manche Äußerung ganz sicher verurteile. Aber Schweigen ist Passivität und Passivität ist Lethargie und Lethargie kann der Tod einer Gesellschaft sein, vor allem einer demokratischen. Denn Demokratie lebt vom Mitgestalten ihrer Mitglieder. Daher: Debatten ja, denn sie sind der Anfang von Veränderungen. Und wenn ich für eine neue Bankenethik plädiere, dann weiß ich auch, dass sich hier eine Menge verändern muss. Ich hoffe nur, dass die Diskussionen nicht auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen werden und dass wir uns alle gemeinsam in die richtige Richtung bewegen."

Zum Abschluss eine nicht ganz ernst gemeinte Frage. Henry Ford meinte einmal: „Es ist gut, dass die Menschen des Landes unser Banken- und Geldsystem nicht verstehen, denn sonst, so glaube ich, hätten wir noch vor morgen früh eine Revolution." André Kostolany hingegen meinte: „Wer's kann, handelt an der Börse. Wer's nicht kann, berät andere." Wer hat Recht?

Helmut Lind: „Lassen Sie mich mit einem Zitat von Bundespräsident Horst Köhler antworten: ‚Es geht um unsere Verantwortung für globale Solidarität. Es geht um die unveräußerliche Würde aller Menschen. Es geht um eine Weltwirtschaft, in der Kapital den Menschen dient und nicht Herrscher über die Menschen werden kann. Das ist das, worum es geht!"

uts I n

inlingua®

Ü r nln u nt r n än rn
st n ür z lor nt rt s pr ntr n n
n v u l un o r n r rupp
r v t un o r m nt rn m n

Aufbruch als Aufgabe

Zwischen Wirtschaft, Grün und Christlich – CDU soll Volkspartei bleiben

Politischer Vordenker, Parteimanager, Parteisprachrohr, Wahlkampforganisator – viele Kennzeichen werden für die Generalsekretäre der Parteien eingesetzt. Gerade dann, wenn eine Partei Regierungsbeteiligung hat, haben die Generäle mehr Gewicht, denn es gilt, die Partei in der jeweiligen Koalition zu profilieren. Es liegt am persönlichen Talent der Amtsinhaber, wie gut es gelingt. Bei der CDU gelten seit Jahrzehnten Kurt Biedenkopf oder Heiner Geißler als die vorbildhaften Idealköpfe. Sie zeichnete politische Vision, taktisches Geschick und auch Bissigkeit aus. Mit wachsendem Abstand werden profilierte Figuren oft immer mehr glorifiziert, die Schwächen geraten in Vergessenheit. Jedenfalls bleibt aus der Distanz beim Parteivolk immer noch ein Vergleich heutiger Generalsekretäre mit der Medienpräsenz und Angriffslust eines Biedenkopfs oder Geißlers.

Sicher wird sich Hermann Gröhe als neuer General da auch der Beobachtung stellen müssen, die sich weniger an den unmittelbaren Vorgängern Pofalla, Hintze oder gar Merkel ausrichten wird. Schon fast vergessen die Zeiten eines Laurenz Maier oder Ruprecht Polenz. Retrospektive Romantik ist in vielen Bereichen üblich und, dass sich die Zeiten geändert haben, erklären schon Generationen lang die Jüngeren den Älteren und umgekehrt. In diesen Jahren aber ist eine unzweifelhafte Veränderung der Parteien zu erkennen. Jetzt ist wirklich vieles anders. Die Organisationen verlieren schnell an Mitgliedern, die traditionelle Wählerbindung verändert sich nachhaltig, die Kommunikation ist revolutioniert, Wähler entscheiden vor Wahlen viel spontaner und irgendwie auch anders als noch vor einigen Jahren. Unsere Gesellschaft hat diese Veränderungen in sich, die Parteien sind ein bisschen Spiegel, das Leben in den Parteien ist ganz sicher ein Spiegel dieser Veränderungen. Erkennbar an stetig geringer werdenden Teilnehmerzahlen an Parteiveranstaltungen auf Ortsebene bei gutem Zulauf von projektorientierten Aktionen.

So ist es eine spannende Aufgabe für den neuen Generalsekretär Hermann Gröhe. Er startet in eine Zeit der Veränderung, am Anfang einer veränderten Regierungskoalition. Von ihm wird mehr als von seinen Vorgängern auch Veränderung erwartet. Als Magazin mit Blick auf eine ökosoziale Marktwirtschaft interessiert sich SENATE für die Ausrichtung der traditionell großen Volksparteien im Verhältnis zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

Der neue Generalsekretär der CDU Deutschland, Hermann Gröhe im Gespräch mit der „SENATE“

Ohne Zweifel, die CDU war in Wirtschaftskreisen lange die Partei der ersten Wahl. Seit Jahren schon ist die beinahe vorgegebene Waffenbruderschaft zwischen Wirtschaft und CDU genauso aufgehoben, so wie auch die Bruderschaft der Gewerkschaften mit der SPD. Gerade die Diskussion um die Stellung als Volkspartei hat bei der CDU zu öffentlichen Darstellungen geführt, dass die eher linken Wechselwähler eingefangen werden sollen. Auf die Frage an den politischen Vordenker der CDU, Hermann Gröhe, ob die CDU eigentlich nicht mehr die erste Wahl für das Wirtschaftsklientel sein kann, begründet dieser historisch:

„Die CDU ist und bleibt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Seit Ludwig Erhard gilt der Grundsatz „Wohlstand für alle“. Für uns bedeutet das heute vor allem: Arbeit für alle, Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit. Die christlich-liberale Koalition hat zu Jahresbeginn einen massiven Wachstumsimpuls gesetzt und mit Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld, der Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform berechtigte Anliegen der Wirtschaft umgesetzt. Das war ein weiterer entscheidender Beitrag zur Krisenbewältigung und damit zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Union wird stets ein offenes Ohr für die Sorgen, gerade des Mittelstandes, haben.

Modell Volkspartei – ein Auslaufmodell?

Klare Veränderungen sind in den letzten 15 Jahren beim Wählervolk zu erkennen. Die traditionelle Bindung an eine Partei ist längst aufgeweicht. CDU-Mitglieder bekennen sich zur Wahl der FDP, ja wenige auch, „grün“ gewählt zu haben. Ebenso sind FDP, SPD oder Grüne manchmal als CDU-Wähler erkannt worden. Da ist mehr das Thema, die Person oder auch der zeitweilige Anlass Motivation als Grundeinstellung und Ideologie. Ist das der Weg zur Projektpartei oder Themenpartei.? Stark zielgruppenorientiert und nicht mehr für alle da. Gröhe sieht die CDU nicht auf diesem Kurs:

„Die CDU ist die große Volkspartei in Deutschland. Und als Volkspartei machen wir Politik für alle Menschen in unserem Land. Für den Unternehmer ebenso wie für den Arbeitnehmer, für Jung und Alt, für Frauen und Männer. Die CDU ist die Partei von Maß und Mitte. Genau diese integrative Funktion ist doch das Alleinstellungsmerkmal der Union, das uns von den anderen Parteien unterscheidet und das uns so stark macht.
Als moderne Volkspartei sind wir gefordert, die Balance zu halten zwischen notwendiger programmatischer Weiterentwicklung und klarer Benennung unserer unverrückbaren Grundüberzeugungen. Dabei ist klar: Der Platz der Union ist und bleibt die politische Mitte.“

Das jedoch ist eine Feststellung, die Jahrzehnte genutzt wird. Parteien der Mitte wollen doch die meisten sein, so skizziert der neue General die kurzfristigen Aufgaben:

„Wir wollen diejenigen CDU-Anhänger zurückgewinnen, die ihre Stimme aus taktischen Gründen bei der letzten Bundestagswahl der FDP gegeben haben. Dabei spielt unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik eine wichtige Rolle. Zugleich wollen wir SPD-Anhängern eine politische Heimat bieten, die vom Linksruck dieser Partei enttäuscht sind und sich fragen, was die Gabriel-Nahles-SPD noch mit der Partei von Wolfgang Clement und Peer Steinbrück zu tun hat.
Sich für neue Wähler zu öffnen, heißt aber nicht, dass wir Stammwähler vergessen oder einer Gruppierung mehr Gewicht beimessen als der anderen. Und wir wissen, dass die Zustimmung unserer Stammwähler nicht automatisch erfolgt. Sie erwarten von uns zu Recht, dass wir für die Weiterentwicklung unserer Politik werben und diese erläutern. Dies müssen wir noch stärker als bisher tun.“

In den ersten Tagen der schwarz-gelben Koalition ist ein eifriges Profilieren der FDP in Richtung Wirtschaft erkennbar. Beobachter munkeln von einer heimlichen Rollenverteilung. Nicht aus Gröhes Sicht:

„Es ist doch klar, dass wir als Volkspartei thematisch wesentlich breiter aufgestellt sind als die FDP. Wir haben alle Bevölkerungsgruppen im Blick, auch die Wirtschaft.“

Wie grün sind CDU Wähler, wie viel CDU steckt in den Grünen Wählern

Analysten sehen bei den Grünen viele Wähler, die nach traditionellem Strickmuster eigentlich zur

CDU gehört hätten. Also Akademiker mit Familie, Eigenheim, ordentlich verdienend, Kirchengänger. Nun ist gerade von Hermann Gröhe bekannt, dass er schon Ende der 80er zusammen mit weiteren jungen Abgeordneten in Bonn die zwischenzeitlich oft beschriebene „ Pizza Connection“, einen Gesprächskreis von CDU und Grünen, ins Leben gerufen hat. Auch heute noch stehen die Mitglieder der Pizza Connection, klar, dass hier die Frage auf der Hand liegt - erkennen Sie einen Grund für diese Entwicklung und sehen Sie Möglichkeiten für die CDU, dieses Potenzial wieder zu binden?

Und Gröhe kommt auf den Punkt:
„Ich will aus grünen Wählern schwarze Wähler machen. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein wertkonservatives Thema, das vielen Menschen sehr am Herzen liegt. Insofern haben wir gute Chancen, mit einer überzeugenden Umwelt- und Klimaschutzpolitik zusätzliche Wähler für uns zu gewinnen. Mit Norbert Röttgen als Umweltminister sind wir bestens aufgestellt, um die Umweltpolitik noch stärker zu einem Markenzeichen der CDU zu machen.“

Grüne Ideen und Wirtschaftsförderung – geht das zusammen?
Gröhe: „Früher war GRÜN für Unternehmer ein rotes Tuch, Umweltschutz stand mindestens emotional gegen wirtschaftliches Handeln. Da hat sich sehr viel geändert.”

Wie sehen Sie die Chancen einer nachhaltigen Umweltsorge und unternehmerisch/wirtschaftlichem Aufschwung in Deutschland? Ist die CDU hier ein glaubwürdiger Partner –evtl. auch Vorreiter in der Zusammenführung?

Gröhe: „Für die CDU gehören wirtschaftliches Wachstum und ökologisches Bewusstsein untrennbar zusammen. Das „C“ in unserem Parteinamen beinhaltet für uns einen klaren Handlungsauftrag zur Bewahrung der Schöpfung. ”

Ökologie ist für uns nicht der Gegensatz von Ökonomie. Vielmehr wollen wir beide Elemente als zentrale Bausteine einer modernen sozialen Marktwirtschaft verbinden. Wir wissen: Eine funktionierende Ökologie sichert nicht nur unsere Lebensgrundlagen und ist Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand, sondern sie schafft auch Perspektiven für Wachstum und Beschäftigung weltweit.

Wir wollen die Unternehmen aber nicht mit Verboten und Regulierungen gängeln. Dies wäre der völlig falsche Weg, der auch die bereits vorhandene Bereitschaft der Wirtschaft, nachhaltiger zu handeln, ungenutzt ließe. Vielmehr setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize.“
SENATE fragt konkret zu den eigenen Zielen des BWA und Senates der Wirtschaft. Viele sind überrascht, dass der Senat der Wirtschaft und der BWA eben keine Lobbypolitik betreiben wollen. Diese Verbände verstehen sich als Verbund erfolgreicher Unternehmer, die ihre Erfahrung als Experten den Politikern zur Verfügung stellen wollen und auch die Politik mal positive darstellen wollen.

Was würden Sie als hilfreiche Unterstützung von Selbstständigen und Unternehmern, ohne Lobbyinteressen, gerne aufnehmen? Wo sehen Sie Bedarf an Input?

Gröhe: „Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stellt unser Land vor große Herausforderungen. Die christlich-liberale Regierung hat dabei ein klares Ziel: Wir wollen, dass Deutschland stärker aus dieser Krise herauskommt als es hineingegangen ist.
Dies können wir aber nur schaffen, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. In besonderer Weise

ist die Politik dabei auch auf die Erfahrung und Unterstützung der Wirtschaft angewiesen. Ohne die Rückkopplung derer, die von den Vorgaben der Politik – von Gesetzen und Verordnungen – betroffen sind, sind politische Instrumente nur von begrenzter Wirkung. Deshalb freue ich mich sehr, wenn es seitens der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Finanzmarktakteure und auch derjenigen, die uns mit ihrem wissenschaftlichen Rat begleiten, eine große Bereitschaft gibt, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.“

Wenn Sie die freie Wahl hätten: Was kann aus der Politik positiv dargestellt werden oder ist aus Ihrer Sicht zu wenig oder falsch beleuchtet?

Gröhe: „Manchmal würde ich mir in der Medienberichterstattung vielleicht etwas weniger Verknappung und Zuspitzung wünschen. Die damit verbundene inhaltliche Verkürzung wird den politischen Akteuren, aber auch den Themen nicht immer gerecht.“ cb

SAF Unternehmensverbund

Stabilität und Sicherheit für gute Geschäfte!

- Forderungsmanagement
- Adressermittlungen
- Bonitätsauskünfte

SAF Forderungsmanagement GmbH | Eppelheimer Str. 13 | 69115 Heidelberg | www.saf-solutions.de

PERSÖNLICH

Senator Willi Opitz

Weltmeister der süßen Weine

Als erster Österreicher ausgezeichnet als Winemaker of the year

Bill Clinton, Ron Dannis, Mika Häkinnen haben eigene Weine von Opitz

Als er vor 15 Jahren anfing, beschreibt Willi Opitz sich selber, hatte er zusammen mit seiner Frau eine Idee, aber kein Know-how und kein Investment. Heute ist er in der Weltspitze angelangt. Als erster Österreicher wurde er zum Winzer des Jahres durch die weltweit führende Zeitschrift *Winespectator* ausgezeichnet. Er erlangte die wertvollsten Preise für seine süßen Weine, das Englische Fernsehen widmete ihm ganze Stunden und sogar der amerikanische Präsident Clinton liebt seinen Wein und bekennt sich dazu. Die Frage des Know-how ist schon lange geklärt.

Wer mit Willi Opitz über Weinanbau spricht, der kommt bald schon zu der Frage, ob denn dieser Maschinenbauingeneur nicht tatsächlich ein Missionar des Weins ist. Er legt größten Wert auf Nachhaltigkeit. Für ihn sind die Weinstöcke echte Partner, und Partner, so sagt er, die muss man pflegen, gut behandeln. Nur ein Beispiel vieler Ideen und Geschichten. Denn Opitz ist auch ein echtes Entertainmenttalent. Weinproben mit ihm sind Erlebnisse für den Gaumen, für den Geist und auch für die Lachmuskeln.

Wer also kann Willi Opitz besser schildern, als Willi Opitz?

Also Bühne frei, Vorhang auf für den Senator, der auch als Weltmeister der süßen Weine gelten kann.

Der Missionar des Genusses

Winzer zu sein, ist nicht sein Beruf. Es ist seine Berufung! Mit Mut, Elan und Innovationsfreude begründete er gemeinsam mit seiner Frau Maria 1995 eines der international renommiertesten Weingüter Österreichs: Willi Opitz schwärmt von Genuss, positivem Denken und lädt ein zum „Weinhören“. Wie der von ihm erfundene „Opitz-Roller“, ein spezielles Flaschenöffnungsverfahren von Schraubverschlüssen, funktioniert, verrät er nicht. Dafür muss man auf sein Weingut nach Illmitz ins Burgenland reisen, wo acht liebevoll eingerichtete Zimmer zur Verfügung stehen.

Dort erwarten Sie nicht nur die ausgezeichneten Weine des Formel-1-Winzers, sondern auch das exklusive Catering Service der Tochter „C.I.A Catering by Iain & Angela“.

Angela Opitz hat unter anderem beim drei Michelinsternekoch Marco Pierre White in London gelernt und bietet mit Ihrem Lebensgefährten Iain Asworth, ebenfalls Koch in diversen Sternelokalen in London wie dem „Foliage“, ein unvergessliches Gourmeterlebnis am Weingut oder bei Ihnen vor Ort an.

Im Zuge des Davidoff-Gourmetfestivals in Kitzbühel 2005 wurden die beiden sogar als einer von fünf Starköchen ausgewählt..

Wie hat die Geschichte des Weinguts Opitz begonnen?

Opitz: „Wir hatten keinen Weingarten, keine Kunden und keine Angst! Und das, obwohl unser Start in die für den heimischen Weinbau ungünstige Zeit, in die des Glykol-Skandals fiel. Wir haben dann am schwierigsten Weinmarkt der Welt gestartet: in England. Mit 20 Flaschen Wein im Gepäck flogen wir 1989 zur „International London Wine Trade Fair“ und haben uns gesagt, wenn die das dort gut finden, dann machen wir weiter. Wir schafften es dann auch, für den „Jancis Robinson Wine Course“ der BBC ausgewählt zu werden. Da wussten wir, dass wir auf dem richtigen Weg waren."

Sie haben ja ein eigenes Verfahren entwickelt, den sogenannten „Schilfmandl-Prozess“. Können Sie diesen unseren LeserInnen erklären?

Opitz: „Die Idee kam aus der Not heraus: Ich wollte die Reben – ich hatte ja keine großen Anbauflächen – entlasten und kam auf die Idee, die Trauben nach der Ernte Anfang September in Schilf aufzulegen. Im klimatisch günstigen Seewinkel macht dann die Sonne den Rest der Arbeit. Und ich kann die Trauben zur Pressung zum bestmöglichen Zeitpunkt, wenn sich Frucht, Zucker und Säure optimal konzentriert haben, ernten. Letztes Jahr etwa haben wir zu Ostern gepresst. Und daraus entsteht eben unsere unverwechselbare Top-Qualität. 1996/97 wurden wir in London zum „Winemaker of the Year“ gewählt. Und wir halten unsere Qualität: Momentan sind wir im „Winespectator“, dem führenden Weinmagazin, die Nummer eins. Bei Harrods werden zehn österreichische Weine angeboten, acht kommen von unserem Weingut."

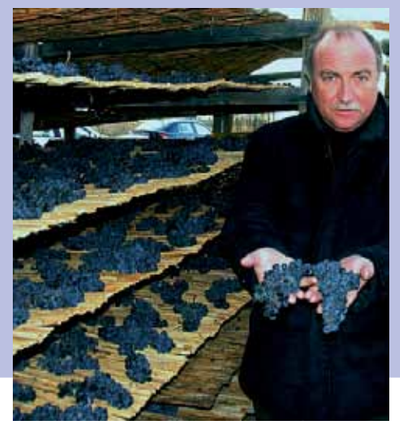
Wo liegt der Hauptmarkt für Ihre Weine?

Opitz: ”Von unseren rund 72.000 produzierten Flaschen gehen 65 % in den Export, nach Finnland, Großbritannien, Schweden und Russland. In Deutschland und der Schweiz fassen wir gerade Fuß. Was unseren Wein auch noch von anderen

unterscheidet: Es wird bei uns alles händisch gemacht. Das Logo „hand-picked“ wurde extra dafür entworfen."

Jeder Ihrer Weine hat eine Botschaft.

Opitz: „Ja. Wir haben zum Beispiel am 4. November 1996, dem US-Wahltag, einen Süßwein, unsere Spezialmarke Opitz-One, gelesen und diesen Wein aufgrund seiner Wiederwahl Bill Clinton gewidmet. Mit dem Namen „Mr. President“ wurde eine Kiste davon in das Weiße Haus geschickt. Dankschreiben, Einladung ins Weiße Haus und persönliches Treffen mit Clinton folgten. Wir haben einen Welschriesling namens „Pole Position“ im Programm. Dieser Wein ist ein Tribut an die Kooperation mit dem Formel-1-Team von McLaren Mercedes. Zu dieser wunderbaren Zusammenarbeit kam es bei der Eröffnung des „Hotel du Vin“ in Winchester. Das Besondere an diesem Haus: Die Zimmer sind hier nicht nummeriert, sondern nach weltberühmten Weingütern benannt. Die größte Suite heißt Mouton Rothschild. Das kleinste Zimmer heißt Willi Opitz. Dort traf ich Ron Davis von McLaren Mercedes, dem mein Wein ausgezeichnet mundete. Seither ist der „Silver Lake“ die Hausmarke von McLaren."



Es gibt eine Wein-CD. Was hört man darauf?

Opitz: ”Die CD entstand ganz unromantisch aus dem Umstand heraus, dass wir wenig finanziellen Spielraum für Werbemittel hatten. Und als ich während der Gärung einmal im Keller war, hörte ich die Geräusche, die durch das Entweichen der Gase entstehen. Und das Phantastische dabei: Jeder Wein hat seinen eigenen Klang. Der dünnflüssige Welschriesling etwa blubbert sehr schnell, die zähflüssige Trockenbeerauslese langsam. Wir haben 15 verschiedene Weine aufgenommen und daraus entstand die CD „Sound of Wine“. 25.000 Stück wurden davon bereits verkauft. Es gab kaum eine Radiostation, die nicht darüber berichtet hätte. Kuriosum am Rande: Das ZDF zahlte mir 75 Euro Tantiemen dafür, dass sie einen Beitrag unter dem Titel „Es gärt im Deutschen Bundestag“ mit Klängen meiner CD unterlegt haben."

Welche Projekte gibt es in nächster Zeit?

Opitz: ”Wir möchten einen Zubau für rund 20 Gästezimmer machen. Wir wollen einen Ort der Entspannung schaffen, wo unsere Gäste Essen und Wein genießen können. Ich halte ja auch oft Vorträge über positives Denken und ich möchte die positive Lebenseinstellung den Menschen mitgeben. Ein wenig fühle ich mich als Botschafter des positiven Denkens, als Missionar des Genusses. Das will ich vermitteln, dass Leben mit Genuss mehr Sinn macht." cb

LÄNDERSACHE

Jürgen Rüttgers

Er landet *Treffer* in der Politik, wird *getroffen* von Schlagzeilen!

Beobachtet von Christoph Brüssel

Nach beinahe 40 Jahren SPD-Regierung im bevölkerungsreichsten Bundesland schaffte Jürgen Rüttgers den Wechsel, löste damit den Sturz der damaligen Bundesregierung aus, schuf einige Reformen und ist Vater vieler Veränderungen, auch auf Bundesebene. Aber in der öffentlichen Meinung steht er nicht als Star der Politik da. Mehr belastende Schlagzeilen bleiben in Erinnerung, als Heldentaten. Christoph Brüssel auf der Suche nach einer Antwort.

„Mit allem hatte ich gerechnet, nur nicht, dass man mit dem auch noch'n Bier trinken kann. Ich muss echt aufpassen, sonst werde ich noch zum Fan."
Dieser spontane Überraschungsausbruch kommt von einem der schärferen Grünen im Nordrhein-Westfälischen Landtag. Früher, sagt er im weiteren Gespräch, hätte er sich eher vorstellen können, Farbbeutel gegen diesen Menschen zu schleudern und schon gar nicht, so wie heute, fröhlich-freundlich mit Kölschgläsern anzustoßen. Vor ein paar Jahren hatte der Ministerpräsident den oppositionellen Wortführer spontan in die Kölner Altstadt eingeladen, nachdem der Bündnis-Grüne seinem Landesvater die erforderliche Bodenhaftung abgesprochen hatte.
Heute wird dies wohl nicht mehr als Vorwurf kommen, denn der grüne Abgeordnete gesteht freiwillig dem schwarzen Regierungschef die größeren Steherqualitäten an diesem Abend ein. Und ganz nebenbei hat man sich auch politisch angenähert – damals in der Sachfrage ging es zwischen Blutwurst und Kölsch wohl deutlich in Richtung Verständigung. So sehr beeindruckend fand es der Abgeordnete, dass er im privaten Gespräch bekundet, sich „echt anstrengen zu müssen", um weiter kräftig Opposition zu betreiben.

Überraschend daran ist eigentlich, dass bei einem Landesvater Bodenhaftung und Menschlichkeit überraschen kann. Aber für politische Kenner war es mindestens ebenso überraschend, dass Jürgen Rüttgers überhaupt vor mehr als zehn Jahren zum Spitzenkandidaten seiner Partei in Nordrhein-Westfalen wurde. Selbst Befürworter hatten ihn nicht als einen charismatischen Frontmann auf der Rechnung.
Überrascht hat es dann jedoch kaum jemanden, dass die erste nicht SPD-beherrschte Regierung am Rhein nach 39 Jahren zielstrebig ein Wahlversprechen nach dem anderen in die Tat umsetzte. Irgendwie, ohne dass es eine Schlagzeile wert war, hat man diese Leistung von Rüttgers erwartet.

Wahlkampf mit harten Bandagen

Kurz vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind es dann eher die wenig schmeichelnden Schlagzeilen, die für Aufsehen sorgen. Angriffe unter der Gürtellinie aus dem linken Lager und die Verdächtigungen, die gerne zitiert werden. Auf der anderen Seite liest man vom enormen Zulauf bei Veranstaltungen, die die CDU in NRW mit Jürgen Rüttgers durchführt. Mehr als 8.000 Besucher bei den Neujahrsempfängen, Säle, die überfüllt sind.

Wie ein roter Faden scheint sich dieser Zweiklang der Betrachtung des Politikers Dr. Jürgen Rüttgers durch seine Arbeit zu ziehen.

Auch bei den bundespolitischen Vorschlägen kommt schon mal großer Widerstand der eigenen Partei aus Berlin. Später, teilweise nach langem Gezerre, reift die Erkenntnis. Einige der gescholtenen Vorschläge von Jürgen Rüttgers der vergangenen Jahre wurden später zu Gesetzen.

Das ist wie ein später Applaus. Nicht immer zugunsten des Urhebers, nicht immer stand der Name Rüttgers in der lobenden Schlagzeile. Schlagzeilen, die ihn trafen, trafen oft tief. Das waren Schlagzeilen, die auch in der Wahrnehmung tief sitzen. Gerade in letzter Zeit waren diese Schlagzeilen eher sogar Tiefschläge.

Da ist der „Kinder statt Inder“-Spruch. Er soll ihn tatsächlich nie gesagt haben, eine Journalistenschlagzeile, nicht wörtliches Zitat.
Dann plötzlich Vorwürfe der Bespitzelung durch die CDU-Zentrale in Düsseldorf. Auch wenn sich herausstellt, dass Rüttgers damit gar nichts zu tun hat, es aus seinem Büro intern sogar als dumm abqualifiziert wird, es bleibt was hängen.
Selber wird er dabei gefilmt, wie er mehrfach die

Produktivität rumänischer Arbeiter mit allzu harten Worten in den Gegensatz zu NRW-Fachkräften stellt. Natürlich eine gewollte rhetorische Pointe, natürlich sagt der Landesvater „unsere Leute sind doch besser“, aber ein gefundenes Fressen für Gegner.

Dann der Höhepunkt: Sponsorenstände auf dem Landesparteitag und per Brief werden „Einzelgespräche“ mit dem Ministerpräsidenten angeboten. Sicher wissen alle Profipolitiker und auch die Journalisten und Sponsoren Kamingespräche gibt es auch bei der SPD, bei den Grünen, bei der FDP – nur das Wort „Einzelgespräche“ ist Stein des Anstoßes. Die oppositionelle SPD bringt es auf den Punkt: „Rüttgers ist käuflich“. Seine Reaktion, er habe dieses Angebot nicht gekannt und Gespräche habe es nie gegeben, bietet eher eine Steilvorlage, um kräftig nachzulegen.

Schlagzeilen statt politischer Argumente geben den Ton an

Besser als ein führender Bundestagsabgeordneter der SPD, der natürlich nicht genannt werden will, lässt es sich nicht ausdrücken: „Keiner von uns hat was gegen Sponsoring, keiner von uns hat was gegen Gespräche mit den Sponsoren, aber diese Gelegenheit konnten wir uns nicht entgehen lassen.“

Skandalbehaftete Schlagzeilen bestimmen das Mediengeschehen im Wahlkampf um Nordrhein-Westfalen. Und diese Wahl hat eine große Bedeutung. Nordrhein-Westfalen, ein Land mit 18 Mio. Einwohnern. Als Volkswirtschaft alleine betrachtet, würde Nordrhein Westfalen auch zu den G20, den 20 führenden Wirtschaftsnationen der gesamten Welt gehören. Scherzhaft erklärt der Ministerpräsident gerne die Bedeutung so: „Für meinen Job brauchen die in Skandinavien drei Königshäuser und einen Präsidenten“.

Ein solches Land kann nicht von einer Amateurclique regiert werden. Über die fünf Jahre Regierungszeit gab es nur sehr selten politische Kritik. Die Schlagzeilen wurden nicht von politischen Ergebnissen beherrscht. Dabei liest sich die Bilanz aus fünf Jahren schwarz - gelber Regierung in Nordrhein-Westfalen durchaus interessant, wenn man sie überhaupt zu lesen bekommt.

8.000 neue Lehrerstellen geschaffen. 100.000 U3-Kitaplätze, zu Beginn der Regierungszeit gab es ledig-

lich 10.000 Plätze in ganz Nordrhein-Westfalen.
225.000 neue, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in NRW.
Vor der großen Wirtschaftskrise wurden Schulden abgebaut, geplant war für 2011 ein ausgeglichener Haushalt.

Ein langjähriger Wegbegleiter ist Helmut Stahl, Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag. Damit der Chef der größten Fraktion mit viel Einfluss auf alle Regierungsentscheidungen. Schon in Bonn, als Rüttgers Kohls Zukunftsminister war, stand Stahl an seiner Seite, als Staatssekretär. Später wurde er Landtagsabgeordneter und der damalige Oppositionsführer Rüttgers machte ihn zum parlamentarischen Geschäftsführer. Helmut Stahl meint gegenüber SENATE, dass die Handschrift des Ministerpräsidenten eindeutig erkennbar sei: "Rüttgers hatte klare Ziele zu Beginn der Regierungszeit, ist konsequent auf diese Ziele zu marschiert und hat sie nahezu alle erreicht."

Eines scheint sich wie ein ständiger Begleiter in der politischen Karriere dieses Jürgen Rüttgers darzustellen, die öffentliche Bewertung und die politischen Handlungen stehen auf unterschiedlichen Blättern. Ist er ein Visionär, der nicht verstanden wird? Selbst schreibt er schon 1993, also bevor er Bundesminister wurde: „Oft fühle ich mich eher als ein zerrissener zwischen der brillanten Idee und dem Machbaren. Was nutzt die richtige Idee, wenn man bei der Umsetzung vergisst, die Menschen da abzuholen, wo sie sind.“ Schon einige Jahre bevor die Diskussionen um Politikverdrossenheit richtig hochkochte, legte Rüttgers in einem Buch dar, dass sich Parteien zwingend ändern müssen. Eine Erkenntnis in dem Buch „Die Dinosaurier der Politik“, vor nunmehr schon 17 Jahren geschrieben. Erkennbar heute ist, dass sich die Parteien, wenn auch langsam, jetzt in die Richtung der von Rüttgers damals aufgestellten Thesen bewegen.

Oft Jahre voraus – Anerkennung per Nachsendeauftrag

Auch an anderer Stelle lässt sich nachlesen, dass dieser manchmal schon etwas oberlehrerhaft wirkende Volksvertreter seinen Kollegen ein paar Schritte voraus eilt. Als Bundesforschungsminister führt er die Aktion „Schulen ans Netz“ ein. Zu der Zeit galt für viele das Internet noch eher als eine Spielwiese. Seine These Mitte der 90er-Jahre: „Wir befinden uns auf dem Weg zur Wissensgesellschaft“ führt zur logischen Konsequenz, dass alle Schüler frühzeitig das notwendige Handwerkszeug bekommen sollten. Ebenso von vielen nicht verstanden, dass der bekennende Katholik Rüttgers sehr frühzeitig bereits Islamunterricht an deutschen Schulen und Universitäten fordert. Während in seiner eigenen Partei „multikulti“ noch ein böses Schimpfwort ist, sieht der damalige NRWSpitzenkandidat die Notwendigkeit, zu integrieren, statt abzuwehren. Häufiger wird er intern deshalb als „Herz-Jesu-Sozialist“ belächelt.

Nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten setzt er den sehr umtriebigen Europapolitiker Armin Laschet ins Familienministerium, das erweitert wird um den Begriff Integration. Vorschnell versuchen eifrige Lästermäuler der Opposition zu witzeln, Rüttgers habe einen Mann zum Frauenminister erwählt. Bald wird jedoch klar, dass Laschet das Thema Integration zu einem populären Politikgegenstand werden lässt. Und plötzlich wird es auch bundesweit hoffähig. Die konkreten Ergebnisse dieser Arbeit kann man in Kindergärten und Schulen erkennen. Andere Länder ziehen nach, auf bundespolitischer Ebene zeigt die Kanzlerin nicht nur Verständnis, sie lobt ausdrücklich die Arbeit.

Vor vier Jahren noch wurde Rüttgers auf dem Bundesparteitag für seine Forderungen in Sachen Gesellschaft und Arbeitswelt von den eigenen Parteifreunden abgestraft. Der Chef des größten Landesverbandes NRW wird nur ganz knapp als einer der stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Auch Rüttgers selber bekundet wörtlich, dass er für seine visionären Vorschläge „Prügel bezogen“ hat.

Auch da wieder, die zwei Seiten des Politikers Jürgen R. Treffer bei politischen Visionen, aber die Schlagzeilen strafen es. Später dann werden die Ideen zum Mittelpunkt der Politik, die jubelnden Schlagzeilen für Rüttgers bleiben meist jedoch aus.

Bisher ist auch kein Sockel zu erkennen, auf dem dereinst das Denkmal Rüttgers stehen wird. Keine Herolde zeigen sich, die dem Vordenker die Genialität zuschreiben würden. Irgendwie ist trotz der erkennbaren Leistungen schneller die Häme als Hochachtung in der Öffentlichkeit erkennbar.
Langjährige Beobachter spekulieren, ob es daran liegen könne, dass der promovierte Jurist und examinierte Historiker sehr weit im Voraus wohldurchdachte Strategien entwickelt und

diese dann eher konzentriert und unspektakulär zum Ziel führen möchte.

So war es schon zu Zeiten der Jungen Union, als der junge Referendar Jürgen zum Vorsitzenden des Rheinlandes gewählt wurde. Damals, als Westfalen und Rheinland in der CDU noch zwei Landesverbände waren. Traditionell waren die Rheinländer als Landesverband immer zerstritten. Keiner hatte es erwartet, jedoch gelang es diesem Jürgen, die Gemeinsamkeit und einen erstaunlichen Frieden innerhalb der Jungen Union des Rheinlandes zu schaffen. Es gelang viel mehr. Die Landesverbände Rheinland und Westfalen führte dieser unscheinbar ruhig wirkende Jungpolitiker aus Pulheim zusammen. Es entstand erstmals der Landesverband NRW. Vorbild auch für die Alten. Einige Jahre später war auch die CDU soweit. Rüttgers, lange schon Mitglied im CDU-Landesvorstand, bewegte kräftig mit, es kam zum Zusammenschluss auch bei der CDU. Ein historischer Erfolg, der aber eher im Verborgenen bleibt, keine Jubelfeier, kein Denkmal der Parteigeschichte für Rüttgers.

Stell Dir vor ... es gibt Tausende neue Lehrer, hunderttausend neue Kitaplätze, zweihunderttausend neue Arbeitsplätze und keiner sieht hin.

Es bleibt die Frage weiter unbeantwortet, warum so viele Angriffe, warum so wenig Begeisterung für die Person, die offenbar viele Ziele erreicht hat, stets beharrlich Strategien verfolgt und mehrfach weit vorausgedacht hat. Bei den Ergebnissen sollte der doch das Potenzial zum Popstar der Politik haben, aber bei Rüttgers „guttenbergelt“ es nicht.

Wer den Menschen Jürgen Rüttgers kennt, der weiß, dass er schon offen ist, auf Leute gut eingehen kann. Er kann gut mal ein Bier trinken, hat wirkliches Interesse an den Leuten. Aber dieser Jürgen Rüttgers ist seinen Freunden auch immer schon als ein ebenso ruhiger Intellektueller, ohne Drang zum Spaßmacher oder Entertainer bekannt.
Zur Politik gehört untrennbar die Kommunikation. Das weiß auch Rüttgers allzu gut, wie schon 1993 im eigenen Buch festgehalten „..... die Menschen da abzuholen, wo sie sind.“

Es macht den Eindruck, als seien für den NRW-Ministerpräsidenten Show und Selbstdarstellung lediglich notwendige Werkzeuge, die zum Handwerk gehören. Er absolviert den öffentlichen Auftritt, er akzeptiert die Pflicht, Schlagzeilen zu produzieren. Er liebt es nicht, genießt nur bedingt, erlabt sich nicht an der Droge der Prominenz, so wie es viele andere Politiker gerne auskosten.
Für Rüttgers ist der Gedanke an Gestaltung, die strategische Planung, der Schachzug zur Umsetzung – die Performance, die der Entertainer auf der Bühne und vor der Kamera sucht. Rüttgers weiß: Bühne ist Pflicht, der Auftritt wird strategisch geplant, abgearbeitet.

Vielleicht ist ehrlicher Tiefgang nichts für die schnelle Schlagzeile, den Boulevard, den wir im Internet, Fernsehen und Zeitungen haben wollen. Wir Bürger fordern den ehrlichen und gradlinigen Politiker und nicht den, der Gefälligkeit und Selbst-darstellung an die erste Stelle seiner Ziele setzt.
Aber doch wird die Darstellung oft mehr beklatscht als das nüchterne Ergebnis. So auch in den täglichen Nachrichten. Die unterhaltende Spannung, die ein Skandal bringt, kann durch die trockenen Zahlen eines guten Gesetzentwurfes nicht getoppt werden.

Die 8.000 neuen Lehrer in NRW, die 100.000 mehr U3-Kitaplätze, die 225.000 mehr Arbeitsplätze sollten eigentlich die Schlagzeilen der vergangenen Monate in NRW bestimmen. Bestimmender waren hingegen die Überschriften mit Tiefschlag statt Tiefgang.

Warum ist dieser Jürgen Rüttgers, als eigentlich zu bejubelnder Arbeiter der politischen Klasse, der ziemlich gerade auf die Lösung vieler Probleme zugeht, bekannter für die tief sitzende Schlagzeile als für Genialität? Bei der Recherche nach einer Antwort bleibt die beste Quelle einer Antwort Jürgen Rüttgers selber:

„Oft fühle ich mich eher als ein Zerrissener zwischen der brillanten Idee und dem Machbaren.“

Wirtschaft-Das-sind-wir-alle

Unsere Mitglieder verbindet die Überzeugung, dass Politik und Wirtschaft vom Engagement jedes Einzelnen leben. Im Bundesverband für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft stellen sich Führungskräfte aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlichem Leben einer gemeinsamen Verantwortung: Jenseits aller Partikularinteressen treten sie ein für eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen schafft und hilft, unsere Welt für kommende Generationen zu bewahren.

Werden Sie Teil eines Wirtschaftsverbands neuer Art und erschließen Sie sich unser exklusives Unternehmernetzwerk in Deutschland und Österreich. Bei Empfängen, Seminaren und Delegationsreisen in unserem Bundessenat oder den Landessenaten beraten Sie mit Ihrer Erfahrung Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung, knüpfen wertvolle Kontakte und profitieren vom langjährigen Know-how unseres Netzwerks in der Außenwirtschaft.

Lernen Sie uns kennen: Im Internet unter www.bwa-deutschland.de oder persönlich, bei einem Besuch in unserer Geschäftsstelle im Berliner Ludwig Erhard Haus.

BWA Bundesgeschäftsstelle
Ludwig Erhard Haus
Fasanenstraße 85
10623 Berlin
Tel: 030 / 700 11 43 0
Fax: 030 / 700 11 43 20
E-Mail: info@bwa-deutschland.de

Bundesverband
für Wirtschaftsförderung
und Außenwirtschaft

Global Economic Network

BWA

Gute Kundenbeziehungen sind kein Glücksfall...

...sondern eine Kombination aus erstklassigen Informationen und guter Partnerschaft. SAF – Ihr Partner für Bonitätsauskünfte, Adressermittlung und Inkasso.

SAF Unternehmensverbund

SAF Forderungsmanagement GmbH | Eppelheimer Str. 13 | 69115 Heidelberg | www.saf-solutions.de | service@saf-solutions.de